

27/1998

Generalsekretär Peter Hintze:

Die Bundestagswahl – eine klare Richtungswahl

„Wir ziehen optimistisch in die Schlußphase des Wahlkampfs. Der Stimmungswandel in der Bevölkerung zu unseren Gunsten ist unübersehbar.“

Mit diesen Worten faßte Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz am 17. August im Konrad-Adenauer-Haus das Ergebnis der Beratungen von Präsidium und Bundesvorstand zusammen, in deren Mittelpunkt die Wahlkampf-Strategie in den letzten Wochen vor dem Wahltermin stand.

Peter Hintze: „Die wirtschaftliche Lage wird von der Bevölkerung optimistisch eingeschätzt, und wir spüren bei unseren Veranstaltungen, bei den Kundgebungen des Bundeskanzlers, aber auch bei den vielen Veranstaltungen der anderen Bundesredner großes Interesse an unserer Politik.“

Absolute Mehrheit gegen Rot-Grün

Die Zahl der Unentschlossenen ist hoch. Zum erstenmal erreicht die Zahl derer, die Rot-Grün für Deutschland ablehnen, mit 51 Prozent die absolute Mehrheit.

Fortsetzung auf Seite 3

DOKUMENTATION

SPD-Steuerideologie: finanzpolitisch unsolide, ökonomisch unseriös, beschäftigungspolitisch ungerecht. Grüner Teil

HEUTE AKTUELL

● Bundeskanzleramt

„Zukunft und Innovation“: Helmut Kohl beruft Lothar Späth zum Vorsitzenden des Beraterkreises. Seite 5

● Wirtschaft

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann: Der Aufschwung hat den Arbeitsmarkt erreicht: Jetzt darf es keinen Stillstand geben! Seite 6

● Kombilohn

Arbeit ist genug vorhanden. Neue Initiativen für den Arbeitsmarkt. Seite 12

● Jubiläum

Bundeskanzler Helmut Kohl: Staat und Gesellschaft sind den Kirchen zu großem Dank verpflichtet. Seite 32

● Kurz & bündig

ARGUMENTE für eine moderne und gerechte Steuerreformpolitik. Seite 32

● UiD Extra

Was die Linken wirklich wollen. Die Politik von SPD, Grünen und PDS. Innenteil

Kurz & gut

45.000 neue Arbeitsplätze

hat die deutsche Automobilindustrie seit Ende 1996 geschaffen, davon 20.000 allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Grund dafür: der im ersten Halbjahr 1998 sprunghaft angestiegene Inlandabsatz, für den neben Impulsgeber Modellpolitik die "bestanderneuernde Wirkung" des Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetzes verantwortlich ist.

Mittelfristig überkompensiert

durch Beschäftigungseffekte bei den neugegründeten Unternehmen der Branche wird nach Auffassung von Klaus-Dieter Scheuerle der Beschäftigungsabbau der Deutschen Telekom AG. Allein für dieses Jahr rechnet der Präsident der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation mit 91.000 neuen Arbeitsplätzen.

Geplant waren

ungefähr 500 Festangestellte bei der Bayer Bitterfeld GmbH, Tochterunternehmen des Chemie- und Pharmakonzerns Bayer AG (Leverkusen). Inzwischen beschäftigt Bayer 625 Mitarbeiter in Bitterfeld. Noch einmal so viele arbeiten im Dienstleistungsbereich für die vier Bitterfelder Werke. Investitionssumme innerhalb der letzten sieben Jahre: fast eine Milliarde DM.

Perspektive für Investoren

Ganz im Zeichen der auch weiterhin uneingeschränkt gültigen Priorität für den Aufbau Ost steht der Bundeshaushalt 1999. Staatssekretär Rudi Geil, Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer: Im nächsten Jahr stehen wieder 95 Milliarden DM zur Verfügung. Das Investitionszulagengesetz bietet Investoren bis 2004 eine langfristige Perspektive.

Die Zahl der meldepflichtigen Fälle hat sich halbiert

Eine "hervorragende Sicherheitsbilanz" hat Bundesumweltministerin Angela Merkel am 11. August den deutschen Atomkraftwerken bescheinigt. Es ge-

be "praktisch keine alten Anlagen". Soweit es der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik ermögli- che, seien die vorhandenen Anlagen konti-

nuerlich nachgerüstet worden. Die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse hat sich dementsprechend seit 1988 halbiert. Ein Ausstieg aus der Atomkraft

sei schon aus diesem Grund nicht zu verantworten und wirtschaftlich unsinnig. Die SPD stellte zu dieser Bilanz lediglich fest, daß der Betrieb von Atom-

kraftwerken generell mit beträchtlichen Risiken verbunden sei. Das wiederum kommentierte die FAZ mit der lakonischen Feststellung: Wie wahr!

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 27

Bei 0,9 Prozent höheren Preisen im August gegenüber Juli: "Wir haben keine Preissteigerungsrate, sondern eine Preisstabilitätsrate."

CDU-Generalsekretär Peter Hintze

Peter Hintze: Das SPD-Startprogramm ist ein Absturzprogramm für die deutsche Wirtschaft

Einen "Generalangriff auf die Arbeitsplätze in Deutschland" hat CDU-Generalsekretär Peter Hintze das Startprogramm der SPD genannt, mit dem sich SPD-Kandidat Schröder zu Beginn der letzten Wahlkampf-Phase den Wählerinnen und Wählern empfiehlt.

Weiter heißt es in einer Erklärung des CDU-Generalsekretärs vom 15. August: "Das Startprogramm ist in Wahrheit ein Absturzprogramm für die deutsche Wirtschaft. Wer die Reformen zerstört, der nimmt einen Verlust von Arbeitsplätzen in Millionenhöhe in Kauf."

● Die Rücknahme der Rentenreform ist darüber hinaus unverantwortlich im Blick auf die Generationengerechtigkeit. Die Beitragslast würde wieder ansteigen, und die Brutto-Netto-Kluft würde wieder größer. Der Arbeitnehmer hätte weniger in der Tasche.

● An Halbherzigkeit nicht mehr zu überbieten sind die SPD-Pläne zu den Steuern. Das Festhalten an überhöhten Steuersätzen kostet Arbeitsplätze."

"Das Blaue vom Himmel"

verspricht nach den Worten von Regierungssprecher Otto Hauser der Kanzler-Kandidat der SPD, wenn er "weniger Arbeitslosigkeit, mehr Ausbildungsplätze, mehr Rente - und das alles bei mehr Investitionskraft für Unternehmen und weniger Steuern für Arbeitnehmer und Familien" untersortiert in eine "Wundertüte" packt.

Und noch etwas ins Stammbuch des Kandidaten: "Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist in den letzten Monaten nicht durch die guten Worte von Herrn Schröder gesunken, sondern durch den wirtschaftlichen Aufschwung." **Die wahre Ursache dafür:** "neben dem Fleiß der Menschen und dem Ideenreichtum der Unternehmer vor allem die Reformen der Bundesregierung."

Otto Hauser: "Gerade die Entlastung der Renten-Beitragszahler, die Reformen beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung, um nur einige Beispiele zu nennen, haben die Grundvoraussetzung für die neue Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geschaffen."

Gegen "Bedenkenträger"

hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Pläne der CDU verteidigt, Kombi-Löhne einzuführen: Es sei billiger, einen Teil der Arbeitslosenhilfe einem niedrigen Arbeitslohn hinzuzufügen, als die Arbeitslosenhilfe ganz

zu bezahlen. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels erklärte: Das Modell kommt für etwa 100.000 Betriebe infrage. "Wenn nur die Hälfte von ihnen einen Arbeitslohn einstellt, sind das schon 50.000 Arbeitsplätze."

Rund 300 Rekruten

der Bundeswehr sind am 16. August in Wrietzen (Märkisch-Oderland) öffentlich vereidigt worden. Im Beisein von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle und Hunderten von Zuschauern legten sie feierlich das Gelöbnis

ab, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen. Gleichzeitig wurde des gemeinsamen Kampfes gegen das Oderhochwasser vor einem Jahr gedacht und in Neuranft das Denkmal "Flutzeichen" enthüllt.

„Dramatische Veränderungen“

Allensbach-Chefin Renate Köcher beobachtet einen Umschwung des Klimas in der Gesellschaft:

● Die Trends zeigen zur Zeit starke Veränderungen. Es gab eine richtige SPD-Euphorie mit Höhepunkt im April, nach der Niedersachsen-Wahl und der Kür des Kanzlerkandidaten. Diese starke Zunahme des SPD-Potentials hat sich bis heute weitgehend zurückgebildet. Wenn das Potential so stark abnimmt, ist zu erwarten, daß mit kurzer Verzögerung auch die Par-teizahlen bei der Sonntagsfrage sinken. Und zehn Prozent Differenz heißt ja praktisch nur, daß eine Partei sich fünf Prozent nach oben und die andere fünf Prozent nach unten bewegen muß.

● Wir beobachten zur Zeit eine Klima-Änderung in der Gesellschaft: ei-

nen deutlichen Rückgang des Pessimismus. Es gibt zudem eine Neubewertung der Spitzenkandidaten, salopp gesagt: Der Lack blättert bei Schröder ab. Die Euphorie ist vorbei, und die Leute ziehen eine ganz andere Bilanz, wenn sie den Amtsinhaber und den Kandidaten vergleichen. Der Vorsprung Schröders schien vor einigen Wochen mit 27 Prozentpunkten vor Kohl noch uneinholbar, jetzt beträgt er noch 15 Prozent – dramatische Veränderungen. Wenn sich diese Entwicklungen fortsetzen, kommen auch die Partei-Präferenzen in Bewegung. Zudem gab es gerade in Ostdeutschland bisher fast vor jeder Wahl extreme Veränderungen der Parteineigung.

aus: Rheinische Post vom 18. August

Fortsetzung von Seite 1

Drei Elemente werden die Schlußphase des Wahlkampfes bestimmen

- Aufschwung ● Kanzler ● Sicherheit.
- Wir werden den Aufschwung als Ergebnis unserer Politik darstellen.
- Wir werden mit „Weltklasse für Deutschland“ für unseren Kanzler werben, und
- wir werden mit Sicherheit statt Risiko die Alternative der Richtungsentscheidung deutlich machen.

Am nächsten Sonntag, mit der Wahlkampf-eröffnung in der Dortmunder Westfalenhalle, wird der Wahlkampf seine richtige Betriebstemperatur bekommen: Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Kurt Biedenkopf, Theo Waigel, Helmut Kohl, der die Hauptrede hält, Norbert Blüm und ich werden zu 18.000 Teilnehmern sprechen.

Die Westfalenhalle platzt schon jetzt aus allen Nähten; denn aus vielen Kreisverbänden der CDU erreichen uns Anmeldezahlen, wie wir sie bis jetzt nicht kannten.

Die Basis ist kampfbereit, kampfbereit und will sich engagieren.“

Zum Thema Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober und Nationalhymne:

„Wir haben am 17. Juni diesen Jahres in einer Bundestagsdebatte über die Deutsche Einheit gesprochen. Vera Lengsfeld hat für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dabei zum Ausdruck gebracht, daß wir die Interpretation der DDR-Diktatur nicht den Tätern überlassen dürfen. Wir werden den Tätern deshalb auch kein musikalisches Denkmal setzen. Wir wer-

den es nicht zulassen, daß am Tag der Deutschen Einheit die Melodie der Freiheit, die die Nationalhymne für fast alle Deutschen bedeutet, mit einer Schnulze und der DDR-Staatshymne vermischt wird. Unsere Nationalhymne verdient unsere Achtung und unseren Schutz.

Es geht hier wohlbemerkt nicht um Kunst, sondern darum, wie wir in Deutschland mit unserer Hymne und mit dem Tag umgehen, an dem wir den Fall von Mauer und Stacheldraht, an dem wir Freiheit und Einheit für alle Deutschen feiern.“

Zum sog. Startprogramm:

„Die Bundestagswahl ist eine klare Richtungswahl. Das wird immer deutlicher. Die Grünen haben inzwischen ihre gemeinsamen Ziele mit dem Startprogramm von Herrn Schröder bekräftigt.

Dieses Startprogramm ist ein Rückschrittsprogramm. Die versprochene Modernität ist in Wahrheit ein Rückschritt, ein Zurück zu den gescheiterten linken Rezepten der 70er Jahre.

Gemeinsam mit Grünen und PDS will die SPD Reformen zurücknehmen, die zwingend notwendig sind, um die deutsche Wirtschaft zu stärken, den Aufschwung zu fördern, die Trendwende am Arbeitsmarkt

Helmut Kohl im Internet

Bundeskanzler Helmut Kohl will am 18. September zum ersten Mal in einer Online-Konferenz den Internet-Surfern Rede und Antwort stehen. Von 12 bis 14 Uhr wird er nach Angaben der Internet-Redaktion der CDU auf der Homepage seiner Partei (<http://www.cdu.de>) für Fragen zur Verfügung stehen.

herbeizuführen und zu unterstützen.

Ziel unserer Politik ist: Mehr zukunftsfe-
ste Arbeitsplätze für Deutschland. Eine
Rücknahme der Reformen würde uns da-
bei zurückwerfen, würde zu steigenden
Belastungen bei Steuern, Abgaben und
Sozialversicherungsbeiträgen führen,
würde Deutschland zweitklassig machen.

Wir sind dafür, daß Deutschland Weltklas-
se bleibt in Bildung, Forschung, Wirt-
schaft und bei den Arbeitsplätzen. Deswe-
gen setzen wir uns dafür ein, daß sich un-
sere Politik der Mitte durchsetzt – gegen
das Linksbündnis aus SPD, Grünen und
möglicherweise PDS, das zerstören wür-
de, was die Menschen in den letzten Jah-
ren aufgebaut haben.“

1,8 Millionen Stellen vermittelt

Mit 1,8 Millionen Arbeitsvermittlungen in der ersten Jahreshälfte, elf Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 1997, konnten die Arbeitsämter ein äußerst erfolgreiches erstes Halbjahr 1998 bilanzieren.

Auf dem Akademikerarbeitsmarkt ist mit fast 40.000 Vermittlungen das entsprechende Vorjahresergebnis sogar um 30% übertroffen worden. Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: „Wir haben das ehrgeizige Ziel, auf dem

Arbeitsmarkt die Nr. 1 zu bleiben.“ Es genüge nicht mehr, sich auf das „klassische Vermittlungsgeschäft“ der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu beschränken. Erstens sei neben der reinen Vermittlung das Beratungsgespräch für Mitarbeiter- und Stellensuchende immer wichtiger, zweitens aber müsse sich das Arbeitsamt auch immer mehr um neue Beschäftigungsformen kümmern, z. B. die Gründung selbständiger beruflicher Existenzen unterstützen.

„Zukunft und Innovation“

Helmut Kohl beruft Lothar Späth zum Vorsitzenden des Beraterkreises

Der Bundeskanzler hat den Vorstandsvorsitzenden der Jenoptik AG und früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Lothar Späth, gebeten, den Vorsitz in einem Beraterkreis für Zukunft und Innovation zu übernehmen, der im Bundeskanzleramt eingerichtet wird und der aus einem Kreis unabhängiger, ehrenamtlich tätiger Persönlichkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft gebildet werden soll.

Wie Regierungssprecher Otto Hauser mitteilte, hat sich Lothar Späth zur Übernahme dieses Vorsitzes bereit erklärt. Er wird dem Bundeskanzler Vorschläge für die Zusammensetzung und die künftige Arbeit des Beraterkreises unterbreiten. Aufgabe dieses Kreises wird es sein, strategische Konzepte zu entwickeln, die auf die tiefgreifenden Umbrüche in der Weltwirtschaft und eine umfassende Modernisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in unserem Land zielen.

Dabei ist auch einzubeziehen, daß die junge Generation heute ganz andere Lebensentwürfe hat als die Nachkriegsgeneration und daß die Solidarität in der Gesellschaft der Zukunft neu organisiert werden muß. Ausgangspunkt für die Arbeit dieses Kreises ist die Überzeugung, daß ohne eine umfassende Reform des Steuer- und Abgabensystems, des Systems der sozialen Sicherung und der öffentlichen Verwaltung die Zukunft des Standorts Deutschlands nicht zu gewinnen ist. Der Beraterkreis soll einen immer intensiveren Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik organisieren und dessen Ergebnisse in die Regierungspolitik einbringen.

Ein besonders wichtiges Ziel wird es sein, die in den letzten Jahren in Gang gekommene Umstrukturierung der neuen Länder zu einer modernen und dynamischen Wirtschaftsregion Europas weiterzuführen und zu beschleunigen. Dabei soll es insbesondere um die Entfaltung eines breiten Mittelstandes mit einer Vielzahl neuer, zukunftssicherer Klein- und Mittelbetriebe gehen, die den Menschen dort in großer Zahl neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geben.

Erfahrungen beim Aufbau Ost

Der Bundeskanzler hat nach mehreren Gesprächen Lothar Späth vor allem auch deshalb gebeten, den Vorsitz in diesem Beraterkreis zu übernehmen und ihm ehrenamtlich zur Verfügung zu stehen, weil Lothar Späth wegen seiner umfassenden Kenntnisse sowohl des politischen als auch des wirtschaftlichen Bereichs in besonderer Weise als Ratgeber bei notwendigen Zukunftsentscheidungen für den Standort Deutschland mitwirken kann. Er kennt die Probleme aus der Sicht eines international operierenden Konzerns, ist aber auch in der regionalen Wirtschaftspolitik zu Hause und hat gerade beim Aufbau Ost in hohem Maße unternehmerische Fähigkeiten bewiesen.

Lothar Späth hat sich bereit erklärt, den Vorsitz zu übernehmen und seine Vorschläge zur Zusammensetzung und Arbeitsweise dieses Beraterkreises kurzfristig vorzulegen und auf diese Weise die Politik des Bundeskanzlers nachhaltig zu unterstützen. ■

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Der Aufschwung hat den Arbeitsmarkt erreicht: Jetzt darf es keinen Stillstand geben!

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin die wichtigste wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre. Die Daten zeigen gleichwohl deutlich: Der Modernisierungskurs der Bundesregierung greift. Es darf jetzt bei der Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland keinen Stillstand geben.

Wir haben endlich eine Wegmarke erreicht, auf die wir seit langem zugesteuert haben: Der Konjunkturaufschwung hat den Arbeitsmarkt erreicht! Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist da.

Wir haben in Deutschland seit der Wiedervereinigung große Aufgaben zu erfüllen, und dies in einer Zeit, in der auch internationale Zusammenhänge – vor allem das Aufstreben junger Industrieländer in Asien und Lateinamerika – den Wettbewerbsdruck auf die alten Industrieländer Europas ohnehin verstärken. In einer solchen Situation treten verdeckte Struktur-schwächen offen zutage und fordern ihren Tribut in Form von schmerzhaften Anpassungsprozessen. Deren Ergebnis schlägt sich so lange negativ am Arbeitsmarkt nieder, bis es gelingt, neue, sich auf wettbewerbsfähige Strukturen und zukunftsfähige Märkte gründende Arbeitsplätze zu schaffen und mit ihnen den Rationalisierungsbedingungen Verlust von Arbeitsplätzen wieder zu kompensieren.

Einen großen Teil dieses schmerzlichen Weges haben die Arbeitnehmer und die deutsche Wirtschaft jetzt hinter sich: Die

Konjunkturentwicklung zeigt weiter stetig nach oben, und der Arbeitsmarkt belebt sich zusehends.

Die deutsche Wirtschaft hat im ersten Vierteljahr 1998 ein reales Wachstum (BIP) von 3,8 Prozent erarbeitet. Das ist gegenüber dem Vorjahresquartal das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung! Insgesamt gehen wir für 1998 von einem Wachstum von 2,75 Prozent bis 3 Prozent aus. Erfreulich ist vor allem, daß auch die neuen Länder wieder aufgeholt haben. Nachdem das Wirtschaftswachs-

**Erklärung des wirtschafts-
politischen Sprechers des
CDU-Bundesvorstands,
Matthias Wissmann, anlässlich
einer Pressekonferenz zur Bun-
desvorstandssitzung am 17.
August**

tum dort nach der Wiedervereinigung z. T. eine zweistellige Größenordnung erreichte und bis einschließlich 1995 deutlich, 1996 dann noch um 0,6 Prozentpunkte über dem Wachstum im Westen lag, blieb es 1997 deutlich hinter dem Wachstum der alten Länder zurück.

Um so erfreulicher ist: Im ersten Quartal 1998 haben die neuen Länder mit einem Wachstum von 4 Prozent deutlich aufgeholt und lagen sogar leicht über dem Wachstum der alten Länder.

Schon 1997 war die Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands mit einem Plus von 8,9 Prozent an den alten Ländern vorbeigezogen, wo der Zuwachs lediglich bei 3,3 Prozent lag. Mit hochmodernen Anlagen und motivierten Mitarbeitern löst sich die ostdeutsche Industrie aus ihrer Lethargie.

Das Ifo-Institut geht in seiner jüngsten Vorausschätzung der gesamtwirtschaftlichen Aggregate für 1999 davon aus, daß sich das BIP der alten und neuen Länder im Gleichschritt mit einer Rate von durchschnittlich 2,5 Prozent entwickeln wird. Dies bedeutet einerseits, daß sich der Angleichungsprozeß zwischen West und Ost doch einige Jahre länger hinziehen wird als ursprünglich erwartet. Es heißt andererseits aber auch, daß die neuen Länder auf dem Wachstumspfad wieder Tritt gefaßt haben:

- Die Industrie rückt mehr und mehr ins Zentrum des Geschehens. So konnte das ostdeutsche verarbeitende Gewerbe bereits im letzten Jahr mit einer Wachstumsrate von 10,9 Prozent zulegen, in Westdeutschland wuchs die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahr lediglich um 3,4 Prozent.

- Die Exportwirtschaft bringt die Konjunktur in den neuen Ländern zusätzlich auf Touren. In Brandenburg beispielsweise steigerten die Unternehmen des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes ihre Exportumsätze um 46 Prozent! Zwei Drittel dieses Zuwachses gingen auf das Konto der Investitionsgüter-Produzenten.

Thüringen erreichte 1997 mit 19 Prozent die höchste Exportquote unter den neuen Ländern, wo sie mit durchschnittlich 14,7 Prozent deutlich über dem Vorjahreswert von 12,2 Prozent lag, allerdings immer noch deutlich hinter der westdeutschen Exportquote von 33 Prozent zurückblieb. Hier ist also noch ein deutliches Wachstumspotential vorhanden, das schrittweise

erschlossen werden muß. Dies gilt um so mehr, als der deutsche Export weiterhin boomt. Der DIHT erwartet für 1998 einen Zuwachs von 9 Prozent.

Wichtig für die Stabilität des Konjunkturaufschwungs in ganz Deutschland ist die Tatsache, daß die Auslandskonjunktur jetzt auch deutlich auf die Inlandsnachfrage überspringt. Die Binnenkonjunktur gewinnt an Fahrt, die Auftragsbücher füllen sich: In den ersten drei Monaten dieses Jahres gingen gegenüber dem Schlußquartal 1997 saisonbereinigt fast 5 Prozent mehr Bestellungen aus dem Inland ein.

Die Erholung der Binnenkonjunktur wird von vier Entwicklungen getragen:

- 1.** Niedrige Zinsen: Die langfristigen Zinsen sind auf dem niedrigsten Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik.
 - 2.** Bessere Absatz- und Ertragsersparungen sowie die zunehmende Kapazitätsauslastung, die in Westdeutschland im verarbeitenden Gewerbe bei rd. 87 Prozent liegt, haben die Investitionskonjunktur beschleunigt.
 - 3.** In Erwartung eines anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs werden die Lager wieder aufgestockt.
 - 4.** Im Jahresverlauf dürfte sich auch eine stärkere Konsumnachfrage positiv bei der Industrie bemerkbar machen.
- Angesichts dieser Perspektiven sind die führenden nationalen und internationalen Wirtschaftsexperten sogar optimistischer. Sie erwarten eine deutliche Fortsetzung des Aufschwungs. Die OECD-Wachstumsprognose geht für 1998 von einem Wachstum um 2³/₄ Prozent, für 1999 sogar um 3 Prozent aus.

Wichtig ist, daß die gute Konjunktorentwicklung praktisch bei Preisstabilität abläuft! Der Preisanstieg beträgt nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Juli nur 0,9 Prozent. Dies ist zugleich die beste Sozialpolitik: 1 Prozentpunkt weniger Inflation bedeutet einen Kaufkraftgewinn von rund 20 Milliarden DM!

Die Lohnstückkosten sind in der westdeutschen Industrie wieder zurückgegangen, 1997 um minus 3,4 Prozent. Das ist der stärkste Rückgang, der jemals in Deutschland gemessen wurde. Erzielt wurde dieses gute Ergebnis durch eine moderate Erhöhung der Arbeitskosten um 2,3 Prozent und einen beachtlichen Produktivitätszuwachs von 5,9 Prozent. Damit konnte die westdeutsche Industrie ihren Kostennachteil, der 1996 immerhin 20 Prozent betrug, deutlich auf 11 Prozent senken. Allerdings: In diesem Tempo dürfte es kaum weitergehen, weil der Abwertungsdruck auf die DM längst nicht mehr so stark ist, in diesem Jahr nicht, und in den kommenden Jahren nach Einführung des Euro schon gar nicht.

Auf diese Weise hat auch die Attraktivität Deutschlands für unternehmerisches Engagement wieder zugenommen: Die Auslandsinvestitionen sind im ersten Vierteljahr 1998 um eine Größenordnung von 9 Milliarden DM gestiegen – der höchste Vierteljahreswert in den gesamten 90er Jahren.

Angesichts dieser Bilanz können wir festhalten, daß sich die deutsche Wirtschaft mit weiter abnehmender Arbeitslosigkeit auf ein stabiles wirtschaftliches Gleichgewicht mit einer guten Leistung bei allen wichtigen volkswirtschaftlichen Zielen zubewegt. Daß diese insgesamt erfreuliche Konjunktorentwicklung jetzt auch auf den Arbeitsmarkt übergreifen hat, unterstreicht, daß nicht nur eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch eine verbesserte Produktivität zu Lasten von Arbeitsplätzen dahintersteht – so unverzichtbar Prozeßinnovationen und ein modernes Ko-

stenmanagement auch sind. Vielmehr hat eine wirkliche Modernisierung und Neuausrichtung der deutschen Wirtschaft auf die wichtigen Märkte der Zukunft stattgefunden. Die deutsche Industrie hat zahlreiche neue Produkte entwickelt und Geschäftsfelder erschlossen. Ich nenne nur beispielhaft die beachtlich überarbeitete Modellpalette der Automobilindustrie sowie Internet und Intranet als neue Geschäftsfelder der Datenverarbeitungsbranche.

Seit Jahresbeginn ist die Zahl der Arbeitslosen um fast 700.000 Personen zurückgegangen und liegt um rd. 220.000 im dritten Monat in Folge deutlich unter der Vorjahreszahl. Damit ist eine Trendwende am Arbeitsmarkt in ganz Deutschland erreicht.

Die Arbeitslosenzahl betrug im Juli 1998 rund 4,1 Millionen. Gegenüber dem Vormonat ist sie damit zwar jahreszeitlich bedingt um rund 59.000 gestiegen, doch ist dies der niedrigste Anstieg in einem Juli seit der Wiedervereinigung. Saisonbereinigt entspricht dies sogar einem Rückgang um 37.000.

Der Strukturwandel in den neuen Ländern ist zwar noch nicht bewältigt. Die Arbeitslosigkeit ist hier immer noch höher als im Westen, und deshalb muß der Aufbau Ost weiterhin höchste Priorität behalten. Aber immerhin: Die Arbeitslosenzahl liegt im Juli nun im zweiten Monat in Folge unter dem Vorjahresniveau und ist jetzt um 48.000 niedriger als im Juli 1997. Auch ist der Anstieg gegenüber dem Vormonat nur leicht (+15.000). Dies ist auch ein Erfolg der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung (Ausweitung plus 36.000). Hier haben sich vor allem Maßnahmen, die zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt führen, als erfolgreich erwiesen.

Die erfreuliche Entwicklung in West- wie in Ostdeutschland rechtfertigt die Erwartung, daß bereits im September/Oktober ein Rückgang unter die 4 Millionen-Grenze erreicht wird.

Auch die hohe Zahl der offenen Stellen beweist die neue Dynamik am Arbeitsmarkt. Mit 467.000 offenen Stellen lag die Zahl im Juli um rund 111.000 über dem Vorjahreswert. Da nach Schätzung des Nürnberger Instituts der Bundesanstalt für Arbeit aber nur 40 Prozent der tatsächlich offenen Stellen tatsächlich gemeldet werden, sind also in Wirklichkeit weit über eine Million Arbeitsplätze in Deutschland unbesetzt.

Tatsächlich suchen viele Betriebe händelnd qualifizizierte Fachkräfte. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres haben deutsche Unternehmen rd. 400.000 Stellenanzeigen in Zeitungen geschaltet – fast 30 Prozent mehr als im Vorjahr.

Unsere Handlungsschwerpunkte

Ungeachtet dieser erfreulichen Entwicklung bleibt es unsere Kernaufgabe der nächsten Jahre, alles für die strukturelle Erneuerung unserer Gesellschaft zu tun. Hierzu zählen vorrangig die nachfolgenden Handlungsschwerpunkte:

1. Umsetzung der großen Steuerreform mit einer Nettoentlastung von 30 Mrd. DM. Dabei muß unser Steuersystem insgesamt einfacher und gerechter werden. Der Eingangssteuersatz soll von 25,9 Prozent auf 15 Prozent und der Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 39 Prozent gesenkt werden; der Spitzensteuersatz für Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit soll von 47 Prozent auf 35 Prozent sinken, der Körperschaftsteuersatz auf 25 Prozent (ausgeschüttete Gewinne) bzw. 35 Prozent (einbehaltene Gewinne) sinken. Erste Schritte der Reform sollen möglichst schon 1999 wirksam werden.

2. Absenkung der Sozialabgabenquote wieder auf unter 40 Prozent. Die Rentenstrukturreform 1999 wird den Rentenzu-

wachs und den Beitragsanstieg bremsen. Auch werden wir gerade junge Menschen ermutigen, frühzeitig für das Alter ergänzend privat oder betrieblich vorzusorgen. In der gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir u. a. die Transparenz bei der Abrechnung von Leistungen verbessern und die Wahlmöglichkeiten der Versicherten noch mehr erweitern.

3. Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt.

4. Mehr Anreize zur Aufnahme einer Arbeit, die die Aufnahme auch einer gering bezahlten Tätigkeit für die Beziehung von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe attraktiv machen. Die Einführung eines Kombilohns z. B. ist ein geeignetes Instrument zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt.

5. Flexiblere Arbeitszeiten, damit Produktivitätsspielräume ausgeschöpft werden können. Hier besteht noch ein erhebliches zusätzliches Arbeitsplatzpotential, das auch zu Lasten von Überstunden genutzt werden muß. Die Einführung von Arbeitszeitkonten - auch solchen, die auf die Lebenszeit ausgerichtet sind - muß selbstverständlich werden. Dies gilt insbesondere auch für das Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen. Hier haben wir im internationalen Vergleich noch deutlichen Nachholbedarf, und zwar sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst. Hier ist auf breiter Front die Umsetzung neuer Modelle gefordert. Dabei ist auch zu bedenken, daß höhere Motivation und geringere Fehlzeiten den Unternehmen Kostenvorteile von 2 bis 4 Prozent bringen.

Unsere Reformschritte sind vor allem für die kleinen und mittelständischen Unternehmen entscheidend und unterstützen damit zugleich die Innovations- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. ■

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Eine Mischung aus Feigheit und Konfusion

Stellungnahme des Bundesarbeitsministers zur Ankündigung der SPD, bei Regierungsübernahme die Reformen der Bundesregierung zurückzunehmen:

Ein Vorschlag aus dem Wolkenkuckucksheim. Mehr Ausgaben mit weniger Einnahmen finanzieren – das kann nur in einer Traumlandschaft geboren werden.

Reformen zurücknehmen und Einnahmen durch Beitragsenkung – das ist der Versuch, die Wähler auf den Arm zu nehmen, die Wähler für dumm zu verkaufen.

Das ist eine Mischung aus Feigheit und Konfusion.

Wenn man den Demographie-Faktor in der Rentenversicherung zurücknimmt, dann hat man bis zum Jahre 2030 500 Milliarden Mehrausgaben – dynamisiert sogar 1 Billion. In zehn Jahren wären es 150 Billionen.

Unsere Reform nur für die kleinen Renten zurücknehmen, würde bedeuten: wir hätten in der Rentenversicherung künftig zwei Anpassungen: eine für den Normalrentner und eine für den Kleinrentner.

Erhebliche Bürokratiekosten

Die Kleinrentner sind aber nicht in jedem Fall die Minderbemittelten. Also müsste eine Bedürftigkeitsprüfung durchgeführt werden – von rund 10 Millionen Rentnern wahrscheinlich. Es müsste geprüft werden, ob die kleine Rente das einzige Einkommen ist. Ohne Bedürftigkeitsprüfung würde z. B. ein Beamter mit einer kleinen Rente, aber mit einer hohen Pension die höhere Rentenerhöhung der Kleinrentner erhalten.

Kann mir jemand erklären, wo der soziale Sinn einer solchen Regelung liegt?

Kohls Schachzug

Der Schachzug des Kanzlers verspricht Vorteile:

● Späth vereint in seiner Person zwei Eigenschaften, mit deren Kombination nur wenige Wirtschaftskapitäne geeignet sind: anerkannte Kompetenz und Volksnähe.

● Der Jenoptik-Chef ist – ganz anders als sein sozialdemokratisches Pendant Stollmann – fest in der Partei verwurzelt, für die er werben soll. Er propagiert

überzeugt die Grundsätze christdemokratischer Wirtschaftspolitik. Das läßt ihn glaubwürdiger anmuten als Stollmann, der in weiten Zügen das Gegenteil des SPD-Programms predigt.

Hohes Ansehen im Osten

● Die Union darf hoffen, vom Ansehen Späths im Osten zu profitieren. Kaum jemand scheint geeigneter, auf diesem für die CDU fast schon verlorenen Terrain noch Boden gutzumachen.

Frankfurter Neue Presse

Junge Frauen für die CDU – Junge Frauen in den Bundestag!

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 18. August im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn erklärten die CDU-Bundestagskandidatinnen Sylvia Bonitz, Roswitha Decking, Hildegard Hagemann, Ursula Heinen, Annegret Kramp-Karrenbauer, Dr. Martina Krogmann, Larissa Penzenstadler-Hennig, Katherina Reiche und Annette Widmann-Mauz:

Mit unserer Kandidatur für den 14. Deutschen Bundestag setzen wir ein Signal für das Engagement junger Frauen in der CDU. Unser Ziel ist es, Politik auf allen Feldern aktiv mitzugestalten. Wir engagieren uns in der Wirtschaftspolitik, in der Sozialpolitik, in der Innenpolitik, in der Forschungs- und Bildungspolitik, in der Verkehrspolitik, in der Außenpolitik und in der Familien- und Jugendpolitik.

Unsere Doppelerfahrung in Beruf und Familie – verbunden mit dem Lebensgefühl der jungen Generation in Deutschland – wird der Politik guttun. Politik für Frauen muß sich zudem an der Lebenswirklichkeit der jungen Frauen in unserer Gesellschaft heute orientieren. Frauen wollen Familien- und Erwerbstätigkeit miteinander verbinden. Hierzu ist es erforderlich, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Beispiele dafür sind flexiblere Arbeitszeiten in Unternehmen und mehr Möglichkeiten zur Kinderbetreuung.

Wir als junge Politikerinnen wollen Verantwortung übernehmen und unseren Beitrag leisten. Wir wollen uns in der Sache einbringen, aber auch den politischen Prozeß selbst verbessern. Die immer rascheren Entscheidungsabläufe in Wirtschaft und Gesellschaft, die Globalisierung mit internationaler Arbeitsteilung und welt-

weit verfügbarem Wissen sowie die Erkenntnis, daß zentrale Herausforderungen der Menschheit wie der Schutz der Erdatmosphäre, die Bevölkerungsentwicklung und der Umgang mit den Ressourcen nur von allen Nationen gemeinsam gelöst werden können, erfordern vom Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und der Regierung ein rascheres Beraten, Entscheiden und Handeln in einem schnelleren Zeitakt.

Langwierige Entscheidungsprozesse, bei denen für die Bürger und gelegentlich auch für die Politiker die eigentlichen Reformziele aus dem Blick geraten, kann sich Deutschland im 21. Jahrhundert nicht mehr leisten. Auch in der Politik muß klar sein, daß der Faktor Zeit bei Entscheidungen ein Qualitätsmerkmal ist.

In hohem Maße unverantwortlich und ein klarer Verstoß gegen den Wählerauftrag sind Blockaden um der Blockade willen, wie zum Beispiel die Blockade der Steuerreform und der Sozialreformen durch die SPD-geführten Länder im Bundesrat. Wir sind davon überzeugt, daß einmal im historischen Rückblick auf die laufende Legislaturperiode diese Blockaden als der gravierendste politische Fehler der Jahre '94 bis '98 bezeichnet werden. Wir fordern alle Bundestagskandidaten der jungen Generation auf, sich einer Politik der Zukunftsblockade, die letztlich zu Lasten aller geht, zu verweigern.

Die von der CDU angestrebte Weiterentwicklung des Föderalismus sollte nach unserer Meinung auch zu einem Überdenken des Zusammenwirkens von Bundestag und Bundesrat führen. Abgeordnete haben ein hohes Interesse am Erhalt der Wirksamkeit ihrer Arbeit. ■

Arbeit ist genug vorhanden

Neue Initiativen für den Arbeitsmarkt

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heiner Geißler, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer und der Leiter des Arbeitskreises „Arbeit für alle“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulf Fink, erläutern Eckpunkte zum Kombilohn:

● Trendwende am Arbeitsmarkt: Jetzt neue Initiativen für Problemgruppen

Der Aufschwung hat jetzt auch die Trendwende am Arbeitsmarkt gebracht. Das Störfeuer der Opposition, insbesondere die verhinderte Steuerreform, hat das Entstehen neuer Arbeitsplätze nur verzögern, aber nicht verhindern können.

Jetzt muß dafür gesorgt werden, daß die Trendwende am Arbeitsmarkt nicht an der besonderen Problemgruppe der Langzeitarbeitslosen vorbeigeht und alle Anstrengungen weiterhin unternommen werden, arbeitslosen Jugendlichen ein Angebot zu machen. Denn Arbeitslosigkeit am Anfang des Berufslebens ist nicht nur für die Betroffenen besonders problematisch, sie zu verhindern, ist Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.

Die Bilanz der aktiven Förderung dieser Gruppen seit der Wiedervereinigung kann sich sehen lassen: Weit über 1 Mio. Langzeitarbeitslose sind durch Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, mit Lohnkostenzuschüssen und Qualifizierungsmaßnahmen gefördert worden, allein 1997 waren es rd. 380.000 Geförderte. In diesem Jahr ist wegen höherer Mittelzuweisungen mit noch höheren Zahlen zu rechnen. Zur Integration von Ju-

gendlichen in den Arbeitsprozeß wurden seit der Wiedervereinigung allein von der Bundesanstalt für Arbeit rd. 15,8 Mrd. DM eingesetzt; davon erhielten über 2 Mio. Jugendliche finanzielle und qualifikatorische Hilfen in das Berufsleben. Dank des enormen Ausbildungsengagements der deutschen Wirtschaft wurden seit der Wiedervereinigung über 4 Mio. Ausbildungsverträge geschlossen; seit 1997 haben wir bereits wieder ansteigende Ausbildungszahlen.

● Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung

Wir haben im Deutschen Bundestag im Frühjahr 1998 mit unserem Antrag „Arbeit ist genug vorhanden – Initiativen zur Beschäftigungsförderung“ konkrete Anstöße gegeben, um die Problemgruppen des Arbeitsmarktes noch gezielter zu unterstützen. Denn Langzeitarbeitslose, zu denen auch die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger hinzuzurechnen sind, profitieren vom Aufschwung und der Trendwende am Arbeitsmarkt nicht automatisch.

Schon jetzt ist die Sofortwirkung des Antrages in zwei Bereiche belegt:

● So wurde aufgrund des Antrages in Rekordzeit das Sonderprogramm „Arbeit und Qualifizierung für noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche – AQJ“ geschaffen, mit dem der Bund 140 Mio. aus dem Bundeshaushalt und dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung stellt. Besonders benachteiligte arbeitslose Jugendliche ohne Hauptschulabschluß werden durch betriebliche Praktika und eine begleitende, nicht übermäßig verschulte Qualifizierung an die Berufsreife herangeführt.

Echte Chance zur Wiedereingliederung auf dem ersten Arbeitsmarkt

Zu den vorgestellten Eckpunkten zum Kombilohn erklärte Hermann-Josef Arentz, MdL, Erster Stellvertreter Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA):

CDU und CSU sind mit ihren Eckpunkten zum Kombilohn auf dem richtigen Weg. Der Kombilohn ist eine gute Chance für Langzeitarbeitslose. Nur wer den Mut zu neuen Wegen hat, schafft neue Chancen für Arbeit. Die chronischen Bedenkenträger und Neinsager geben den arbeitslosen Menschen Steine statt Brot.

Für die CDA steht fest: Der heute vorgelegte Vorschlag zum Kombilohn ist attraktiv für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Einfache Arbeiten, vor allem die im Dienstleistungsbereich, können mit Hilfe des Kombilohns aus der Schwarzarbeit herausgeholt werden. Der Kombilohn macht einfache Tätigkeiten in Deutschland wieder marktfähig und vermeidet zugleich die Gefahr von Hungerlöhnen für arbeitende Menschen. Langzeitarbeits-

lose erhalten so eine echte Chance zur Wiedereingliederung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Auch der Steuerzahler gehört zu den Gewinnern des heutigen Vorschlags, denn der Steuerzuschuß zum Kombilohn ist in jedem Falle geringer als die volle Arbeitslosenhilfe, die der Steuerzahler heute zu tragen hat.

Die CDA fordert insbesondere die Gewerkschaften zu einer vorurteilsfreien Prüfung des vorgelegten Kombilohn-Vorschlags auf. Die CDA sieht in den Kombilöhnen eher eine Hilfe als eine Gefahr für die Tarifpolitik. Viele Tarifgruppen im unteren Einkommensbereich, die bereits die Unterschriften auch der Gewerkschaften haben, werden dann von den Arbeitnehmern akzeptiert, wenn zu den niedrigen Löhnen ein steuerlicher Zuschuß hinzukommt. Der Kombilohn verbindet marktgerechte Löhne für einfache Arbeiten mit einem auskömmlichen Einkommen. Die Gewerkschaften sollten deshalb ihre Mitarbeit an diesem Konzept nicht verweigern.

Sie erhalten dabei eine monatliche Vergütung von netto etwa 500 DM. Bildungswerke der Wirtschaft, Gewerkschaften und andere Träger haben in Windeseile Praktikanten akquiriert, so daß bereits Mitte Juni die gesamten Mittel gebunden waren. 4.300 Jugendliche, die bisher auf der Straße standen, erhielten so eine neue Chance. Nun sind die für Berufsvorbereitung primär Zuständigen gefordert, ihrer Verantwortung für die benachteiligten Jugendlichen gerecht zu werden. Die Arbeitsämter stehen zur Kooperation bereit, und das Bundesarbeitsministerium stellt weitere 100 Mio.

aus noch nicht gebundenen Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Kofinanzierung betriebspraktisch ausgerichteter Berufsvorbereitung zur Verfügung.

● Der Aufruf des Deutschen Bundestages, der diesem Antrag zustimmte, verstärkt die Hilfe privater Dritter bei der Vermittlung von langzeitarbeitslosen Arbeitslosenhilfebeziehern zu nutzen, hat bereits ersten Erfolg gebracht. Bisher wurden 24.000 Langzeitarbeitslose geeigneten Dritten, vor allem Bildungsträgern, Kommunen, aber auch Privaten zur Intensivvermittlung überantwortet. Für diese be-

sonders schwer vermittelbaren Personen konnten bis Mitte Juni immerhin schon knapp 1.500 zusätzliche, bisher bei den Arbeitsämtern nicht gemeldete Stellen, davon 1.100 unbefristete, akquiriert werden. Ermutigend ist auch, daß von den bisher Vermittelten zwei Drittel auf einem Dauerarbeitsplatz landeten und über 90% in eine Vollzeittätigkeit gingen. Das Experiment zeigt, daß es sich lohnt, gerade mit Blick auf die Problemgruppen unter den Arbeitslosen neue Wege zu beschreiten und um konventionelle Wege der Zusammenarbeit zu suchen.

● Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Sozialämtern weiter verbessern

Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosenhilfeempfänger sind besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Hier sind neue Wege der Zusammenarbeit gefragt. Sozialämter können und wollen keine Ersatzarbeitsämter sein – wie umgekehrt Arbeitsämter nicht der verlängerte Arm der Sozialämter sein können. Schon gar nicht soll den Kommunen das Problem der Arbeitslosigkeit aufgehälst werden. Es darf aber kein bürokratisches Kompetenzgerangel auf dem Rücken der Arbeitslosen geben. „Wer kann was am besten leisten – das muß die Frage sein“, wie es DGB-Vorsitzender Dieter Schulte Anfang des Jahres in Nürnberg zutreffend ausgedrückt hat.

Auch hier hat der Antrag schon einiges auf den Weg gebracht:

- Ein von Bund und kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam erarbeiteter Leitfaden setzt jetzt Orientierungspunkte für gemeinsame Ziele und gemeinsames Handeln. Die Bediensteten in Arbeits- und Sozialämtern erhalten praktisch handhabbare Hinweise zur Verknüpfung ihrer unterschiedlichen Hilfsinstrumente. Darüber hinaus bündelt und verbreitert eine neue Vereinbarung mit den kommunalen Spit-

zenverbänden die gezielten Förderanstrengungen des Langzeitarbeitslosenprogramms der Bundesregierung, das erst kürzlich bis zum Jahr 2001 verlängert worden ist.

Bis zu 20% des Fördervolumens können für Nichtleistungsbezieher der Bundesanstalt für Arbeit, zu denen Sozialhilfeempfänger gehören, gewährt werden. Jetzt garantiert das Arbeitsamt der Kommune die Förderung eines Sozialhilfeempfängers, wenn die Kommune nach analogen Kriterien einen weiteren arbeitslosen Sozialhilfeempfänger aus eigenen Mitteln fördert. Diese Art Förderpairing kann 1998 im optimalen Fall dazu führen, daß 1998 zu der 1 Mrd. im Bundesprogramm weitere 200 Mio. an Lohnkostenzuschüssen für Langzeitarbeitslose hinzukommen.

● Annäherung von Arbeitslosen und Sozialhilfe

Die Bundesrepublik Deutschland leistet sich heute zwei bedürftigkeitsabhängige soziale Sicherungssysteme für arbeitslose Mitbürger. Nach dem einen System bemessen sich in Abhängigkeit von der Bedürftigkeit die Leistungen in ihrer Höhe nach einem irgendwann früher erzielten Arbeitslohn, während sie sich in dem anderen sozialen Sicherungssystem nach dem Existenzminimum richten. Der bürokratische Aufwand für die jeweilige Bedürftigkeitsprüfung ist hoch und verdoppelt sich, wenn die Leistung des einen Systems, die von der Höhe des vorhergegangenen Arbeitseinkommens abhängt, nicht ausreicht, um das Existenzminimum zu decken, was heute in mehr als hunderttausend Fällen gegeben ist.

Der Leitfaden für die Zusammenarbeit und das Förderpairing sind bereits erste Schritte zur Annäherung von Arbeitslosen und Sozialhilfe.

Die Fraktion von CDU/CSU hält es darüber hinaus für wichtig, sehr sorgfältig zu

prüfen, ob eine Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geboten ist und in welcher Form sie erfolgen sollte. Dabei ist klar, daß der Aufgabe auch das Geld folgt.

● Kombilohn für Sozialhilfeempfänger

In den westlichen Industrieländern setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnbereich erschlossen werden können, wenn neben den Lohn ergänzend eine staatliche Transferleistung tritt. Viele Beschäftigungsmöglichkeiten besonders im Dienstleistungsbereich werden heute nicht genutzt oder nicht angeboten, weil ihre Produktivität nur Löhne unter dem Niveau der Leistungen der sozialen Sicherung zuläßt. Allein die Verpflichtung der Leistungsbezieher – so notwendig sie ist –, solche Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen des Zumutbaren anzunehmen, reicht nicht aus. Vielmehr muß sich der arbeitende Sozialleistungsempfänger deutlich besser stehen als der Arbeitslose, wenn er diese Beschäftigungsmöglichkeiten aus eigenem Antrieb suchen und ausfüllen soll.

Es ist unverständlich, daß der Bundesrat mehrheitlich den sehr moderaten Vorschlag der Bundesregierung zur Verbesserung der Freibeträge für arbeitende Sozialhilfeempfänger abgelehnt hat. Wir werden einen neuen Vorstoß in Richtung verbesserte Freibeträge für arbeitende Sozialhilfeempfänger unternehmen.

Der Kombilohn steht in voller Übereinstimmung mit den Grundprinzipien unserer Sozialen Marktwirtschaft:

Wenn für Arbeit aufgrund zu hoher Löhne keine Nachfrage mehr besteht, insbesondere bei Tätigkeiten, die nur eine geringe Qualifikation erfordern, so läßt sich nach ökonomischen Prinzipien mit geringeren Löhnen wieder eine Nachfrage schaffen. Wenn diese Löhne aus ökonomischen

Gründen niedriger sind als zur Deckung des Existenzminimums in unserer Gesellschaft notwendig, wird das zur Deckung des Existenzminimums notwendige über Transferleistungen dem Lohnempfänger, nicht seinem Betrieb, von seiten der öffentlichen Hand in einer Höhe zur Verfügung gestellt, daß er sich besser steht als der nichtarbeitende Transferempfänger.

Die Möglichkeiten der Kommunen, zusammen mit interessierten Arbeitgebern Kombilohnmodelle zu erproben, wurden zudem mit der Änderung des § 18 Abs. 5 Bundessozialhilfegesetz weiter ausgebaut. In der Neufassung wird die Förderung von Hilfeempfängern zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu einem vorrangigen Ziel der Träger der Sozialhilfe erklärt. Die schon bestehenden Möglichkeiten der Förderung durch Gewährung von Zuschüssen an Hilfeempfänger wurden hinsichtlich der Dauer und des Umfangs erweitert. Eine bis 31. 12. 2002 befristete Experimentier- und Öffnungsklausel ermöglicht befristete Zuschüsse an Hilfeempfänger auch über die gesetzlichen Maßgaben hinaus. Dieses nochmals erweiterte Instrumentarium zur Beschäftigungsförderung sollte nunmehr von den Sozialhilfeträgern verstärkt genutzt werden.

● Kombilohn – Bündnis für langzeitarbeitslose Bezieher von Arbeitslosenhilfe

Die derzeit rd. 1,35 Mio. Bezieher von Arbeitslosenhilfe haben ihre Ansprüche auf Arbeitslosengeld bereits ausgeschöpft und sind in der Regel länger als ein Jahr arbeitslos. Soweit sie nicht im Übergang in die Rente sind, bedürfen sie besonderer Hilfe, um zurück zu Lebensinhalt und Erwerbsarbeit ohne staatliche Unterstützung zu finden. Wegen ihrer meist geringen Qualifikation müssen Einfacharbeitsplätze im Niedriglohnsektor erschlossen werden.

Kommentare

Den Versuch wert

Ein „Patentrezept“ ist der von der Union vorgeschlagene Kombilohn im Kampf gegen die Seuche Arbeitslosigkeit sicherlich nicht. Da hat Arbeitsminister Blüm recht. Aber wer verfügt schon über ein solches? Keiner. Deswegen sollte der Kombilohn schon einen Versuch wert sein. Er berechtigt immerhin zu der Hoffnung, Langzeitarbeitslose aus ihrer oft aussichtslosen Lage herauszuholen.

Der Kombilohn aus Tarifgehalt und staatlichem Zuschuß kann für Arbeitslose durchaus Anreiz sein, einen Arbeitsplatz anzunehmen, der zwar miserabel bezahlt wird, der durch einen staatlichen Zuschuß aber attraktiv wird. Auch der Vorteil für kleine Betriebe – etwa Gastwirtschaften – liegt auf der Hand. Sie können einfache Arbeitsplätze besetzen, die aus eigener Kraft finanziell nicht besser ausgestattet werden können.

Stuttgarter Nachrichten

Zumindest eine Perspektive

Die Idee des Kombilohns zur Erschließung von zusätzlichen Arbeitsplätzen

im Niedriglohnsektor für Langzeitarbeitslose hat eine Debatte entfacht, als ob damit der ökonomische Niedergang und die politische Destabilisierung der Bundesrepublik Deutschland vorprogrammiert sei. Selbst wenn daraus – wie Kritiker befürchten – entgegen der vorgesehenen zeitlichen Begrenzung eine Dauersubvention werden sollte: ist die Arbeitslosenhilfe nicht letztlich auch eine solche?

Da ist es doch wohl besser, den Menschen mit staatlicher Hilfe zumindest eine Perspektive zu eröffnen, auch wenn nur 100.000 der 1,35 Millionen Langzeitarbeitslosen die Chance nutzen sollten – in der Hoffnung, daß diese in einen regulären Arbeitsplatz mündet. Es mag ja sein, daß die Union mit ihrem schon jetzt vorgelegten Konzept, das im Wahlprogramm als Vorhaben angekündigt wird, Wahlkampf machen will. Aber was ist daran verwerflich?

Als verwunderlich erscheint eher, daß der Koalitionspartner FDP und die Oppositionspartei SPD vergessen zu haben scheinen, daß der Kombilohn auch in ihren Wahlprogrammen als eine Möglichkeit unter vielen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgeführt wird.

Deutschlandfunk

Die Besetzung von Niedriglohntarif-Stellen mit Arbeitslosenhilfebeziehern kann gelingen, wenn der Tariflohn aus Mitteln der Arbeitslosenhilfe so aufgestockt wird, daß der Geförderte 20 Prozentpunkte mehr erhält als ohne die Erwerbstätigkeit. Auf diese Weise erhält der Langzeitarbeitslose ein Nettoeinkommen von 73% bzw. 77% des Nettoeinkommens der früheren Beschäftigung.

Besonders wichtig ist ein solches Modell für die Zukunftsperspektive der rd. 200.000 jungen Menschen unter 30 Jahren, die trotz ihres jugendlichen Alters schon langzeitarbeitslos sind.

Dem 14. Bundestag

werden wir einen Gesetzentwurf vorlegen, der einen entsprechenden Kombilohn aus Mitteln der Arbeitslosenhilfe schafft.

Die Zeit der Bluffer ist zu Ende

Neue Zahlen sprechen Bände

Zahlen lügen nicht. Hier der aktuelle Vergleich zwischen den SPD-geführten Ländern Niedersachsen (Schröder), Saarland (Lafontaine) und Nordrhein-Westfalen, sowie den unionsregierten Ländern Bayern (Stoiber) und Baden-Württemberg (Teufel).

Arbeitslosenquote Juli '98:

Niedersachsen 10,8 %

Nordrhein-Westfalen 10,5 % · Saarland 11,3 %

Baden-Württemberg 6,8 % · Bayern 6,4 %

Jugendarbeitslosenquote Juli '98:

Niedersachsen 13,9 %

Nordrhein-Westfalen 12,8 % · Saarland 13,4 %

Baden-Württemberg 7,0 % · Bayern 6,0 %

Noch Fragen?

Zukunft schafft man nicht mit links

CDU

Erfolgreiche Haushalts- und Finanzpolitik im Wiedervereinigungsjahrzehnt

Im Rückblick auf das Jahrzehnt zwischen der deutschen und der europäischen Währungsunion war die deutsche Finanzpolitik bemerkenswert erfolgreich. Ohne gravierende volkswirtschaftliche Verwerfungen, bei stabilsten Preisen, historisch niedrigen Zinsen und durch Reform- und Restrukturierungsmaßnahmen verbesserte Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme wurde der deutsche Einigungsprozeß gestaltet und die europäische Währungsunion erfolgreich auf den Weg gebracht. Noch niemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mußte die Haushaltspolitik eine so gewaltige Veränderungslast tragen wie seit der Wiedervereinigung 1990:

Von 1991 bis 1998 kamen wachsende Leistungen des Bundes zum Wiederaufbau in den neuen Ländern auf knapp 600 Mrd. DM Nettotransfers aus dem Bundeshaushalt; 1999 werden weitere gut 90 Mrd. DM hinzukommen. Der dramatische Anstieg der Sozialausgaben des Bundes – die Rentenzuschüsse aus dem Bundeshaushalt haben sich von 1991 bis 1999 von gut 52 auf fast 110 Mrd. DM verdoppelt, die Arbeitsmarktausgaben haben sich seit 1991 verfünffacht – widerlegt die Lüge von der „sozialen Demontage“. Durch die Übernahme kommunistischer Erblasten sind die Zinslasten des Bundes nach oben geschneit - zwei Drittel des Anstiegs der Zinslasten seit 1993 sind vereinigungsbedingt.

Trotz dieser gewaltigen Belastungen sind die finanzwirtschaftlichen Eckdaten heute deutlich besser als früher; die Reformpolitik zeigt Wirkung und Früchte:

- Die Staatsquote konnte von fast 51 v. H. kurz nach der Wiedervereinigung auf derzeit 48 v. H. zurückgeführt werden. Damit ist die Koalition ihrem Ziel – Rückführung auf 46 v. H. im Jahr 2000 – ein gutes Stück näher gekommen.
- Der Anteil der Bundesaussgaben am Bruttoinlandsprodukt sinkt 1999 auf 11,8 v. H., den niedrigsten Wert seit den 50er Jahren. Die Gesamtausgaben des Bundes liegen 1999 mit 465 Mrd. DM auf dem Niveau von 1993, ein klarer Beweis für den Kurs strikter Ausgabendisziplin.

Von Adolf Roth, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Die Defizitquote im Bundeshaushalt – Anteil der Nettokreditaufnahme am Bruttoinlandsprodukt – wird 1999 weiter auf 1,4 v. H. sinken. Zu SPD-Regierungszeiten lag sie – ohne deutsche Einheit und Globalisierung – weit darüber, z. B. 1975 bei 2,9 v. H.. Hätten wir heute eine solche Quote wie Helmut Schmidt als Kanzler, dann wäre die Nettokreditaufnahme des Bundes mit 115 Mrd. DM doppelt so hoch wie tatsächlich von der Koalition für 1999 vorgesehen (56 Mrd. DM).

Diese Verbesserungen wichtiger finanzwirtschaftlicher Eckdaten gewinnen um so mehr an Bedeutung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Bund heute nur noch einen 41-v. H.-Anteil am Gesamtsteueraufkommen hat (1990 waren es 48 v. H.).

Umfrage bestätigt Kurs der Union bei der inneren Sicherheit

Daß Rot-Grün keine wirksamen Konzepte zur Bekämpfung der Kriminalität hat, wird jetzt auch von den Meinungsforschern des Bielefelder Emnid-Instituts belegt. Ihre Umfrage zum Thema „Innere Sicherheit“ stellt ein einziges Armutszeugnis für Rot-Grün aus und ist gleichzeitig eine eindrucksvolle Bestätigung für den Kurs von CDU/CSU.

So nennen 42 Prozent der Interviewten auf die Frage, welcher Partei sie eher eine Politik zutrauen, die zu mehr Sicherheit im direkten Lebensumfeld führt, die Union. Nur 35 Prozent der Befragten setzen dagegen auf eine SPD-geführte Regierung.

Besonders die irrwitzige Forderung der Grünen, die lebenslange Freiheitsstrafe abzuschaffen, stößt auf breite Ablehnung. Laut Umfrage sind nur 17 Prozent gleicher Meinung wie die Truppe um Fischer und Trittin. Damit

ist für die Mehrheit wohl völlig klar: das Grundrecht eines jeden friedfertigen Bürgers auf Sicherheit scheint in der „Grünen-Gedankenwelt“ von Resozialisierung und Schuld der Gesellschaft an Verbrechen nicht zu existieren.

Die Umfrage zeigt auch: der Wähler hat die in letzter Zeit bei der SPD eingeschlagene härtere Gangart bei der „Inneren Sicherheit“ als groß angelegtes Betrugsmanöver erkannt. So vermuten 42 Prozent der Deutschen, daß dieser Kurs nur Wahlkampfaktik ist und die SPD diese unionsnahe Linie nach der Wahl nicht mehr durchziehen wird.

Joachim Hörster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Gerhard Schröder sollte sich deshalb merken: die Menschen lassen sich nicht für dumm verkaufen und wählen, wenn es drauf ankommt, das Original statt der Kopie.

Diese Erfolge hat die Koalition gegen den Widerstand der Opposition im Bundestag und die Verweigerungshaltung der Bundesratsmehrheit durchgesetzt. Die Opposition hat nie konzeptionelle Antworten gegeben, sie hat keine politischen Wegmarken hinterlassen, sondern nur weinerliche Betroffenheit zelebriert. Wer wie Lafontaine ein Ende der Bescheidenheit in der Lohnpolitik fordert, einer „laxen“ Geldpolitik das Wort redet und Deutschlands Probleme mit europäisierten bzw. weltweiten Vereinbarungen lösen will, hat seit den 70er Jahren nichts dazugelernt. Ein solcher Kurs würde die Wirtschaft lähmen, die Probleme der Globalisierung

nicht lösen und die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Auch die oberflächliche Kritik der SPD an den Waigelschen Vorschlägen zur grundlegenden Reform der deutschen Finanzverfassung dokumentiert die Unfähigkeit zur Wahrnehmung bundespolitischer Finanzverantwortung. Eine solche Reform mit einer Stärkung der Eigenverantwortung von Bund und Ländern, klarer Trennung der Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen, mit mehr Wettbewerb in der politischen Umsetzung von Konzepten, die auch nachdrücklich vom Sachverständigenrat gefordert wird, ist für die nächste Legislaturperiode unausweichlich. ■

Die europapolitische Bedeutung der Bundestagswahl

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU und Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Günter Rinsche, auf einer Pressekonferenz am 13. August im Konrad-Adenauer-Haus:

Die Deutschen wählen am 27. September nicht nur den Bundestag und damit ihren Bundeskanzler, sondern auch den Präsidenten des Europäischen Rates, der im ersten Halbjahr 1999 einen entscheidenden Abschnitt der deutschen und der europäischen Politik zu gestalten haben wird.

Eine der wichtigen Fragen der kommenden Wochen wird deshalb lauten: Wer kann deutsche Interessen in Europa bestmöglich vertreten und gleichzeitig die europäische Integration so voranbringen, daß Europa im Zeitalter der Globalisierung gut bestehen kann und die Weichen für das 21. Jahrhundert richtig und rechtzeitig gestellt werden?

Dies gilt insbesondere für die Beratung und Beschlußfassung der „Agenda 2000“, durch die die Zukunft Europas und Deutschlands entscheidend beeinflußt wird.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß eine ideologisch geprägte rot-grüne deutsche Europapolitik den vitalen deutschen Interessen schaden würde. Die verummten Ideologien der Grünen und die – durch die Annäherung großer Teile der SPD an die PDS geförderten – wirtschaftsfeindlichen Tendenzen im linken Lager würden in Verbindung mit den dirigistischen Kräften im Europäischen Parlament und in der Kommission zu einer zukunftsgefährdenden Beeinträchtigung der deutschen und europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf

den Weltmärkten führen und mittelfristig zahlreiche Arbeitsplätze vernichten.

Ein typisches Beispiel für die verummten Ideologien in Europa ist das Tabakwerbeverbot der Europäischen Union.

Die Befürworter verweisen auf das Gebot des Gesundheitsschutzes, die Gegner haben ihre entsprechenden Gegenargumente. Sie halten es zudem für absurd und widersinnig, wenn die Europäische Union die Tabakwerbung verbietet, gleichzeitig aber den Tabakanbau mit jährlich 1,9 Milliarden DM subventioniert. Vor allem aber bezweifeln sie die Rechtsgrundlagen für ein europäisches Tabakwerbeverbot und betrachten es darüber hinaus als eklatanten Verstoß gegen das Prinzip der Subsidiarität.

Dem Problem kommt deshalb über die konkrete Sachfrage hinaus eine grundsätzliche Bedeutung zu, weil viele gutgemeinte politische Entscheidungen unter die Rubrik fallen: Gutgemeint ist das Gegenteil von gut.

Ihm kommt aber auch deshalb eine grundsätzliche Bedeutung zu, weil unsere Aufmerksamkeit dann verlangt ist, wenn positiv besetzte Begriffe wie Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz und Umweltschutz dazu mißbraucht werden, um unsere Wirtschafts- und Sozialordnung durch übertriebenen Dirigismus, durch Regulierungssucht und unnötige Zentralisierung von innen heraus zu unterminieren. Aufseiten der Altsozialisten und Neo-Ideologen im Europäischen Parlament gibt es Strategen, die positive Begriffe als Trojanische Pferde einsetzen, um ihre Vorstellungen vom zentralisierten Europa Schritt für Schritt zu verwirklichen. Mit dem Hinweis auf Gesundheitsgefährdung kann die

Wegweiser in eine starke wirtschaftliche Zukunft

Zum wirtschaftspolitischen Teil der CDU/CSU-Wahlplattform erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagfraktion, Hansjürgen Doss:

Aus der Sicht des Mittelstandes in Deutschland gibt es keine Alternative zu einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, wie sie die Wahlplattform der Union vorstellt.

Die Politik von CDU und CSU zeigt klares Profil. Die Kernbotschaft lautet:

Größere wirtschaftliche Spielräume durch Entlastungen für Bürger und Betriebe:

- 30 Milliarden-Nettoentlastung durch große Steuerreform,

- Senkung der Beitragssätze in der Sozialversicherung unter 40 Prozent bis 2002,

- Senkung der Staatsquote auf 46 Prozent bis 2000.

Mit dieser klaren Politik der Kostenentlastung verfolgt die Union das zentrale Anliegen der mittelständischen Betriebe schlechthin.

Mehr Arbeitsplätze

Ergänzt um weitere Maßnahmen zur Optimierung der Standortbedingungen in Deutschland, wie konsequente Fortsetzung des Privatisierungskurses, schaffen wir mehr wirtschaftlichen Freiraum für die Betriebe und damit Arbeitsplätze für die Bürger.

Werbung für zahlreiche andere Produkte ebenso verboten werden. Zentrale Bürokratie würde dann die Bürger gängeln und bevormunden. Die sachlich nicht begründbaren Eingriffe in die Freiheit des wirtschaftenden Menschen führen zu einer schleichenden Auszehrung unserer Wirtschaftsordnung, zu Zentralisierung und Bürokratisierung.

Am Ende des 20. Jahrhunderts, das den Zusammenbruch totalitärer Systeme erlebt hat, entstehen neue und subtile Gefährdungen durch verummte Ideologien. Die Wirkungskette ihrer Aktivitäten ist mit folgenden Begriffen zusammenzufassen:

- regulieren,
- zentralisieren,
- strangulieren und (über die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit)
- lamentieren.

Der Schattenkanzler der SPD würde solchen Tendenzen in Europa weder Wider-

stand leisten wollen noch können. Wenn deutsche und europäische Kommentatoren den SPD-Kanzlerkandidaten als „Euro-Zauderer“ und als europäischen Opportunisten bezeichnen, so zeigt dies die dazugehörige Seite der Realität. Wilhelm Busch hat die Opportunisten einmal als die „Jenachdeme“ bezeichnet. Mit solchen je nach populistischer Stimmungslage handelnden „Jenachdemern“ kann man keinen Staat machen und schon gar nicht die Zukunft der Europäer sichern.

Wenn wir jetzt die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben der Europäer im 21. Jahrhundert schaffen wollen, dann brauchen wir keine „Euro-Zauderer“ und keine „Jenachdeme“, dann brauchen wir europäische Staatsmänner.

Es ist unbestritten, daß Bundeskanzler Helmut Kohl ein europäischer Staatsmann ist, der weltweit als „europapolitisch unverzichtbar“ gilt. ■

Es darf nicht zu einer Bedrohung unserer Sicherheit kommen

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Elmar Brok MdEP, erklärte anläßlich der Vorstellung des Beschlusses „Die Trennung überwinden – Leitlinien einer Mittelmeerpolitik“:

Die Entwicklung der Waffentechnologie, insbesondere von Trägerwaffen im Mittelmeerraum könnte in den nächsten Jahren zu einer großen Sicherheitsbedrohung Deutschlands und Europas werden. Bei einem Ausbleiben politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen in jenen Ländern könnte Deutschland und Europa ein attraktiver Fluchtort von großen Wanderungsbewegungen werden. Daher ist es im deutschen und europäischen Interesse, neben internationalen Terrorgruppen auch deren Ursachen zu bekämpfen. Es ist der Ansatz der Mittelmeerpolitik der CDU und der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, mit

Aktionen wie dem MEDA-Programm der EU die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Mittelmeerraum zu fördern.

Darüber hinaus müssen auch außenpolitische Konflikte abgebaut werden, damit sie nicht länger von extremistischen Terrorgruppen als Vorwand für ihre Aktivitäten dienen können. Der Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik der CDU fordert eine umfassende Lösung des Nahostkonflikts mit sicheren Grenzen für Israel und einer Perspektive für einen palästinensischen Staat.

Im Hinblick auf Zypern und die Türkei rufe ich Griechenland und die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament dazu auf, ihre Blockade gegen die Freigabe der die im Zollunionsabkommen der EU mit der Türkei vertraglich zugesicherten Finanzhilfen aufzugeben.

Ablauf der Antragsfrist für wahlberechtigte Auslandsdeutsche zur Bundestagswahl 1998

Der Bundeswahlleiter weist darauf hin, daß wegen der längeren Postlaufzeiten im internationalen Postverkehr Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis von deutschen Staatsangehörigen im Ausland, die bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 wählen wollen, baldmöglichst angefordert werden müssen. Dabei ist zu beachten, daß auch für diejenigen Deutschen im Ausland, die bereits bei einer vorhergehenden Bundestagswahl einen Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis ge-

stellt haben, für die Bundestagswahl 1998 erneut ein entsprechender Antrag erforderlich ist. **Die ausgefüllten Anträge müssen spätestens**

Termin: 6. September 1998

bis zum 6. September 1998 bei der Gemeinde, in der der Betroffene vor seinem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland zuletzt gemeldet war, eingegangen sein, damit seine Eintragung in das Wählerverzeichnis erfolgen kann.

Warum Deutschland die Union braucht: 10 Gründe

Das CDU-Programm hat einen hohen Anspruch. Weltklasse für Deutschland

1. Aufschwung und Arbeit

Deutschlands Wirtschaft läuft auf vollen Touren. Die Firmen stellen wieder ein. Das beweist: Die CDU ist mit ihrer Reformpolitik auf dem richtigen Weg. Er muß fortgesetzt werden.

2. Runter mit den Steuern

Wir haben die Steuern für alle gesenkt – 29 Milliarden Mark! Das war der Einstieg. Jetzt muß die Große Steuerreform kommen: einfacher, niedriger, gerechter. Rot-Grün käme uns teuer zu stehen.

3. Null Toleranz für Verbrecher

Die CDU zeigt Entschlossenheit im Kampf gegen das Verbrechen. Unsere Maßnahmen wirken: Immer mehr Straftaten werden aufgeklärt. Rot-Grün ist lasch gegenüber Straftätern.

4. Vorrang für Aufbau Ost

Die Menschen im Osten haben Gewaltiges geleistet. Ihre Landsleute im Westen haben sie solidarisch unterstützt. Die CDU ist die Partei der Einheit. Rot-Grün hat immer nur Neid geschürt.

5. Zuwanderung begrenzen

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Ausländer, die rechtmäßig hier leben, wollen wir integrieren. Der weitere Zuzug muß begrenzt bleiben. Rot-Grün will viel mehr Zuwanderung.

6. Bildung und Forschung

Wir wollen die besten Schulen und Hochschulen und die beste Berufsausbildung. Deutschland ist Spitze in Forschung und Technologie. Rot-grüne Technikfeindlichkeit würde uns zurückwerfen.

7. Familie stärken

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Sie zu stärken und zu fördern bleibt eines unserer wichtigsten politischen Ziele. Rot-Grün will den besonderen Schutz der Familie abschaffen.

8. Sozialstaat sichern

Der Altersaufbau verändert sich, die Anforderungen an den Sozialstaat steigen. Mit unseren Reformen stärken wir den Sozialstaat dauerhaft. Rot-Grün will das Erreichte rückgängig machen.

9. Mehr Freiheit, weniger Staat

Das ist unsere Politik: Der Staat mischt sich weniger ein als früher. Wir wollen mehr Freiheit und Verantwortung für den Einzelnen. Rot-Grün setzt auf mehr statt weniger Staat.

10. Stabiler Euro

Helmut Kohls Wort gilt in Europa. Seine Politik stellt die Weichen – für einen stabilen Euro, für ein wettbewerbsfähiges Deutschland, für Frieden. Bei ihm sind die deutschen Interessen in guten Händen.

Den vollen Wortlaut der Wahlplattform von CDU und CSU erhalten Sie von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, oder im Internet unter www.cdu.de.

CDU

Die Steuerlügen der SPD

Lug und Trug ziehen inzwischen in der SPD-Steuerpolitik ein. Wider besseren Wissens werden unseriöse und falsche Behauptungen in die Welt gesetzt.

Die SPD behauptet, es gebe durch die große Steuerreform der CDU keine Nettoentlastung von 30 Milliarden DM.

Wenn die SPD dies behauptet, belegt sie erneut, daß sie nicht rechnen kann. Die Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Rahmen der großen Steuerreform bringt den Steuerzahlern eine Bruttoentlastung durch die Senkung der Steuersätze für alle Steuerzahler von rund 79 Milliarden DM. Die Finanzierung ist solide und gerecht:

Wir bauen steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmen im Umfang von rund 49 Milliarden DM ab. Wird der neue niedrigere Tarif zur Berechnung des Finanzierungsvolumens zugrunde gelegt, bedeutet dies einen Finanzierungsbetrag von etwa 37 Milliarden DM. Davon kommt nur rund ein Drittel aus dem Arbeitnehmerbereich. Ein Teil der Finanzierung in Höhe von rund 12 Milliarden DM wollen wir durch die weitere wachstumsfreundliche Ausgestaltung der Steuerstruktur erhalten, indem den indirekten Steuern ein stärkeres Gewicht beigegeben wird. Dies ist ein sinnvoller Weg, weil Leistungsanreize sowie Spar- und Investitionstätigkeit gestärkt werden. Hiernach verbleibt eine deutliche und spürbare Nettoentlastung der Steuerzahler um rund 30 Milliarden DM jährlich.

Die SPD behauptet, eine Anhebung der Mehrwertsteuer sei sozial ungerecht und ginge zu Lasten der sozial Schwächeren.

Diese Behauptung ist nachweisbar falsch. Denn die Anhebung des normalen Mehrwertsteuersatzes von 15 Prozent auf 16 Prozent zum 1. April 1998 wurde nicht an die Konsumenten weitergegeben. Dies belegt gerade die Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Ihr Anstieg hat sich nämlich nicht beschleunigt, sondern weiter verlangsamt. Im Monat Juli betrug sie nur noch 0,9 Prozent. Dies bedeutet praktisch Preisstabilität. Jeder Prozentpunkt Inflation weniger bringt den Bürgern ein Kaufkraftplus in Höhe von rund 18 Milliarden DM bzw. 200 DM je Bundesbürger.

Eine weitere Anhebung der Mehrwertsteuer würde damit niemanden überfordern. Die Entlastung bei den direkten Steuern und stärkeres Gewicht der indirekten Steuern würde zu einer wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Ausgestaltung der Steuerstruktur beitragen. Während die direkten Steuern Leistungs- und Investitionsbereitschaft unmittelbar beeinträchtigen, ist die stärkere Gewichtung der indirekten Steuern ein sinnvoller Weg, Leistungsanreize sowie Spar- und Investitionstätigkeiten zu stärken.

Die Behauptung, eine Anhebung der Mehrwertsteuer sei sozial ungerecht, ist auch steuertheoretisch nicht überzeugend. Denn die Mehrwertsteuer ist progressiv in den Steuersätzen. So besteht neben dem normalen Steuersatz bei der Mehrwertsteuer ein ermäßigter Steuersatz. Er beträgt in Deutschland 7 Prozent und stand und steht nicht zur Diskussion. Dieser Satz gilt für Nahrungsmittel, Bücher, Zeitschriften und den Personennahverkehr unverändert seit dem 1. Juli 1983. Nicht betroffen wären daher zum Beispiel Leistungen von Ärzten, Heilberufen, Krankenhäusern, Altenheimen, Museen sowie Mieten. Sie sind steuerbefreit. Sozial

Schwächere, Rentner und Familien würden damit nicht oder nur gering belastet. Die soziale Gerechtigkeit bliebe entgegen allen unseriösen Behauptungen gewahrt.

Die SPD behauptet, der stufenweise Abbau der Steuerfreiheit für Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, die Umwandlung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale, die geplante Neuregelung der Besteuerung von Lebensversicherungen sowie bei Renten würde zu einer Mehrbelastung der Steuerzahler führen.

Diese pauschale Behauptung ist unseriös und falsch. Der Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen einerseits und die deutliche Senkung der Steuersätze andererseits sind nicht voneinander zu trennen. Denn das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Auch Schichtarbeiter werden entlastet.

Die finanziellen Auswirkungen hängen aber davon ab, in welchem Umfang bislang steuerfreie Zuschläge angefallen sind. Für Angestellte und Arbeiter, die nur gelegentlich nachts oder an Sonn- und Feiertagen arbeiten, ergeben sich in Verbindung mit den deutlich niedrigen Steuersätzen unter dem Strich Entlastungen. Die gegenwärtige Regelung ist sozial ungerecht. Sie benachteiligt diejenigen, die mit ihrem Lohn voll einkommensteuer- und sozialversicherungsspflichtig sind. So kommen nur Arbeitnehmer in den Genuß der Steuerbefreiung, die entsprechende Zuschläge erhalten. Wer für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit hingegen nur pauschale Zulagen oder einen höheren Arbeitslohn erhält, ist von der Steuerbefreiung ausgeschlossen. Zudem besteht auch eine Ungleichbehandlung im Verhältnis zu den Beziehern anderer Einkünfte. Eine im Krankenhaus angestellte Hebamme erhält ihre Zuschläge zur Nachtarbeit steuerfrei, eine freiberuflich tätige Hebamme nicht. Auch Notdien-

ste bei selbständigen Ärzten und Apothekern oder Kioskbesitzer und Tankstellenpächter müssen jede Mark voll versteuern. Sie können keine steuerfreien Zuschläge in Anspruch nehmen. Die SPD verhält sich hier doppelzünftig. Wer Lohnnebenkosten senken will, wer das Sozialversicherungssystem leistungs- und sozialgerecht finanzieren will, muß auch konsequent handeln. Denn die Steuerfreiheit der Zuschläge ist nur scheinbar von Vorteil. Geht ein betroffener Arbeitnehmer in Rente oder wird er arbeitslos, so erhält er aufgrund geringerer Beiträge auch nur geringere Leistungen. Dies kann nicht im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer liegen.

Beispiele: Eine alleinstehende Krankenschwester, die einen Bruttojahreslohn von 51.353 DM und Zuschläge in Höhe von 2.338 DM erhält, wird im Jahr 2000 um 1.432 DM entlastet. Ein verheirateter Chemiarbeiter (15 Kilometer Entfernung zur Arbeitsstelle) mit einem Jahresbruttolohn von 51.136 DM, unregelmäßigen Zuschlägen in Höhe von 3.598 DM steuerfrei und 351 DM steuerpflichtig, seine Ehefrau mit einem Jahresbruttoeinkommen von 40.000 DM, wird um 2.365 DM entlastet. Ein alleinstehender Industriemeister mit einem Jahresbruttolohn von 77.260 DM und gelegentlicher Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, für die er steuerfreie Zuschläge in Höhe von 2.641 DM und 142 DM an steuerpflichtigen Zuschlägen erhält, wird um 2.441 DM entlastet.

Auch Pendler werden künftig entlastet. Zur Förderung der Mobilität als auch aus Verantwortung für den ländlichen Raum wollen wir die bestehende Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale umwandeln. Schon heute ist der Abzug von Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte begrenzt. Viele Steuerzahler sind irrtümlicherweise der Auffassung, daß ihnen die Kilometerpauschale eine beachtliche Entlastung bringe. Wenig bekannt ist aber: Wer heute weniger als 14

Kilometer von seinem Arbeitsplatz entfernt wohnt und sonst keine Werbungskosten vorweisen kann, erfährt bereits heute keine zusätzliche Entlastung durch die Kilometerpauschale. Der Arbeitnehmerfreibetrag bringt bis zu dieser Entfernung immer die steuerlich größere Entlastung. Auch darf nicht vergessen werden, und dies verschweigt die SPD gern, daß auch der Steuertarif deutlich gesenkt wird.

Beispiele: Ein verheirateter Feinmechaniker mit einem Bruttojahreslohn von 63.000 DM, der 35 Kilometer von seinem Arbeitsplatz entfernt wohnt und dem 300 DM an Werbungskosten anfallen, wird um 1.376 DM entlastet. Wohnt er 50 Kilometer entfernt, beträgt die Entlastung 1.174 DM. Die Entlastung fällt allerdings hier geringer aus, da er bereits heute schon stärker entlastet wird.

Die Behauptung, Rentner würden mit zusätzlicher Steuerlast belegt, ist populistisch. Dies verunsichert die Rentner in einer vollkommen unzutreffenden Weise. Denn Tatsache bleibt, daß der Großteil der Rentner auch in Zukunft steuerfrei bleibt. Für über 80 Prozent der Rentner gilt auch künftig: Sie haben nichts mit der Steuer zu tun. Niedrige Renten bleiben auch in Zukunft steuerfrei.

Der Eindruck, den die SPD erwecken will, bei der Besteuerung von Lebensversicherungen solle abkassiert werden, geht an der Realität vollkommen vorbei. Denn bereits heute unterliegen Lebensversicherungen in bestimmten Fällen der Einkommensteuer. Wir wollen aus Gründen der Steuergerechtigkeit, daß Lebensversicherungen, die von ihrer Konzeption her der gesetzlichen Rentenversicherung ähneln, steuerlich genauso behandelt werden wie diese. Wenn Versicherungsverträge so ausgestaltet sind, daß sie nur eine besondere Form der Spareinlage darstellen, muß eine Gleichbehandlung mit anderen Sparformen hergestellt werden. Insgesamt bleiben aber Lebensversi-

cherungen auch künftig begünstigt. Sie können auch weiterhin als Sonderausgaben von der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer abgezogen werden.

SPD: unsachlich, unseriös, unglaubwürdig

Der Versuch der SPD, der CDU eine Steuerlüge zu unterstellen, ist nichts anderes, als der Versuch, von der eigenen Konzeptionslosigkeit und Widersprüchlichkeit abzulenken. Die SPD hat den Steuerzahlern bislang keinen reinen Wein eingeschenkt. Sie hat bis heute keinen klaren und verlässlichen Gesetzentwurf vorgelegt. Sie verspricht alles und nichts. Auch ist dies ein Versuch, von den rot-grünen Steuererhöhungen und -umverteilungen abzulenken. Die Wahlprogramme von SPD und Grünen weisen allein die Einführung von 8 neuen Steuern auf:

- Einführung einer Energiesteuer
- Einführung einer Vermögensabgabe
- Wiedereinführung der Vermögensteuer
- Einführung einer Devisensteuer
- Einführung einer Wertschöpfungssteuer
- Einführung einer Bodenwertsteuer
- Einführung eines ökologischen Abgabensystems
- Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe.

Hinzu kommt die Ausweitung und Anhebung von bereits bestehenden Steuern. Kapitaleinkommen, das heißt Ersparnisse, sollen stärker erfaßt und besteuert werden. Erbschaft- und Schenkungsteuer sollen neu geregelt und tatsächliche Wert angesetzt werden, die Gewerbesteuer soll revidiert werden, die Mineralölsteuer soll schrittweise angehoben werden.

Mit Rot-Grün ist damit der Weg in den Steuerstaat vorgezeichnet.

SPD beim Aufbau Ost ohne klares Konzept

Zu wiederholten Äußerungen aus der SPD zum Aufbau Ost und zu den jüngsten Vorschlägen des SPD-Bundestagsabgeordneten Schwanitz erklärte der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger:

Die Äußerungen der SPD zum Aufbau Ost bringen leider nur Unklarheit und schwammige Formulierungen. Wenn die SPD die Vielfalt der Hilfen für Ostdeutschland kritisiert, dann sollte sie klar sagen, welche Programme sie konkret abzuschaffen gedenkt.

SPD macht Vorbehalte

So nennt der SPD-Abgeordnete Schwanitz in seiner Aufzählung nur Schwerpunkte, die bereits seit Jahren von der Bundesregierung tatsächlich gefördert werden. Allerdings vermißt man z. B. die Förderung bei Städtebau, bei der Sanierung von Wohnungen und beim Ausbau der Verkehrswege.

Die Bundesregierung hält dagegen un-

verändert an der absoluten Priorität für den Aufbau in den neuen Ländern fest. Ein klarer Beleg dafür ist der vom Bundesfinanzminister vorgelegte Haushaltsentwurf für das kommende Jahr. Die SPD stellt dagegen den Aufbau Ost in ihren Äußerungen unter Finanzierungsvorbehalt.

Planung braucht Sicherheit

Die Politik der Bundesregierung beim Aufbau Ost führt in allen wichtigen Bereichen zu langfristiger Planungssicherheit und zu einer Verstetigung der Mittel. Das verarbeitende Gewerbe und der Export wachsen bereits weit überproportional.

Auch am Arbeitsmarkt beginnt die Wachstumspolitik der Bundesregierung mittlerweile zu greifen. Es ist allerdings besonders darauf zu achten, daß die Mittel von den Ländern auch in Anspruch genommen werden und nicht verfallen, wie das in der Vergangenheit leider besonders im SPD-regierten Brandenburg der Fall war.

PDS-Angebot bringt SPD in Entscheidungszwang

Die PDS hat der SPD in Mecklenburg-Vorpommern ein klares Koalitionsangebot gemacht. Die Wähler haben vor der Bundes- und Landtagswahl am 27. September einen Anspruch darauf zu wissen, ob die SPD bereit ist, gemeinsam mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern eine Regierung zu bilden. Die SPD muß sich deshalb vor der Wahl klar und unmißverständlich äußern.

Andreas Schmidt (Mülheim), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Es riecht nach vorbereiteter Wählertäuschung, wenn Herr Ringstorf jetzt erklärt, über Koalitionen werde erst nach der Wahl gesprochen, gleichzeitig aber Kabinettslisten erstellt. Wer so taktiert, verrät, daß er eine SPD/PDS-Koalition bereits im Kopf hat, vor der Wahl aber die Katze nicht aus dem Sack lassen will.

Rasanter Aufholprozeß im Tourismus der neuen Bundesländer

Nach Informationsgesprächen der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn über den Aufbau des Tourismus in den neuen Bundesländern und nach einer dreitägigen Bereisung der Arbeitsgruppe in Mecklenburg-Vorpommern erklärte der Vorsitzende Rolf Olderog:

Die neuen Bundesländer haben beim Aufbau des Tourismus eindrucksvolle Leistungen vollbracht. In einem rasanten Aufholprozeß sind inzwischen 8.000 gewerbliche Beherbergungsbetriebe neu gebaut oder modernisiert worden. Zahlreiche Schlösser und Herrenhäuser konnten einer touristischen Nutzung zugeführt und so erhalten werden. Erlebnisbäder, Häuser des Gastes, Rad- und Wanderwege sind entstanden. Mit Zuschüssen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurden für 14 Mrd. DM Investitionen ausgelöst und 32.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Für 7 Mrd. DM wurden zinsgünstige Kredite für Existenzgründer bereitgestellt. In den neuen Bundesländern gab es 1997 insgesamt 46 Mio. Gästeübernachtungen, das sind 55 Prozent mehr als 1993.

Während im früheren Bundesgebiet 1997 bei den Übernachtungen ein Minus von 5,4 Prozent hinzunehmen war, erreichten die neuen Länder insgesamt ein Plus von 1,9 Prozent. Spitzenreiter unter den Erfolgreichen war Mecklenburg-Vorpommern mit +7,1 Prozent, gefolgt von Sachsen mit +2,5 Prozent und Brandenburg mit +0,6 Prozent. Erstmals gab es allerdings leider auch in den neuen Bundesländern Rückgänge bei den Übernachtungen, in Sachsen-Anhalt mit -4,2 Prozent und in Thüringen mit -5,5 Prozent.

Besorgniserregend ist die zu geringe Auslastung der Beherbergungsunternehmen, die 1997 mit 34,1 Prozent nur leicht über dem ebenfalls unzureichenden Wert in Westdeutschland (32,7 Prozent) liegt. Die dadurch ausgelöste schwierige Ertragslage belastet insbesondere kleine und mittlere Privatbetriebe, die jetzt ihre Kredite zurückzahlen und auch Zinsen zu leisten haben. Der weitere Aufbau von Hotels und Ferienwohnungen sollte so lange überhaupt nicht oder nur noch in Ausnahmefällen zugelassen bzw. gefördert werden, bis eine deutlich bessere Auslastung der bestehenden Kapazitäten erreicht worden ist.

Für Spaß und Gesundheit

Die Landesregierungen sollten zur Verfügung stehende Fördermittel vorrangig für den Ausbau der touristischen und verkehrlichen Infrastruktur und zur Stärkung von Werbung und Marketing verwenden. In vielen Urlaubsregionen der neuen Länder muß der Aufbau von öffentlichen oder privaten Gemeinschaftseinrichtungen für Unterhaltung, Spiel, Spaß und Gesundheit konsequent weitergeführt werden. Wichtig erscheint insbesondere, genügend Einrichtungen für Schlechtwetterphasen zu schaffen. Leider fehlt bis heute eine systematische Untersuchung darüber, mit welchen Angeboten und mit welchen neu zu entwickelnden Einrichtungen den Wünschen der Gäste, insbesondere der Eltern und Kinder, bei schlechtem Wetter am besten zu entsprechen ist.

Um noch mehr Schlagkraft in Werbung und Marketing zu erreichen, sollten die in den neuen Ländern zersplitterten Kräfte unbedingt zusammengefaßt werden, die Landesregierungen sollten ihre finan-

ziellen Leistungen erhöhen. Gelder, die in ein gutes Marketing investiert werden, erweisen sich in der Erfahrung als höchst rentabel. Auch wenn Schwierigkeiten nicht zu übersehen sind, so wird der Tourismus in den neuen Ländern in den bevorzugten Schwerpunkten weiter kräftig wachsen.

70.000 Arbeitsplätze

Spitzenreiter beim Tourismus Ost ist Mecklenburg-Vorpommern. Er bietet dort über 70.000 Arbeitsplätze und breite gewichtige Einkommenschancen, die überwiegend in den letzten Jahren neu geschaffen worden sind. Dieser Erfolg ist eine herausragende Leistung der Tourismuswirtschaft und der Landesregierung sowie darüber hinaus der Bürgerinnen und Bürger, die in Handel, Handwerk, Kultur und anderen Dienstleistungsbereichen den notwendigen Beitrag geleistet haben.

Verschiedentlich wurde von Existenzgründern der Wunsch geäußert, die ihnen in der Anfangsphase gewährte Betreuung und Beratung nicht nach der Gründungsphase einzustellen, sondern sie auch insbesondere dann anzubieten, wenn in eini-

gen Betrieben mit der Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen und Kapitaldienst neue Schwierigkeiten aufträten. Insbesondere angesichts der noch unzureichenden Auslastung der Beherbergungskapazitäten seien Liquiditätshilfen und Beratung erforderlich. Dazu weisen wir darauf hin, daß es für in Schwierigkeiten geratene touristische Betriebe bewährte Hilfsinstrumente wie Stundungen, Liquiditätshilfen, die Zuführung von Eigenkapital durch den Beteiligungsfond Ost sowie die Lösungssuche mit allen Beteiligten am „runden Tisch“ gibt. Ansprechpartner sind die zuständige Industrie- und Handelskammer, die Hausbanken, die Deutsche Ausgleichsbank und die Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Landkreise und Bundesländer. Die Beratungen sind umfassend und meist kostenfrei.

Nicht zu spät starten

Wichtig ist aber, daß die Unternehmer von sich aus frühzeitig diese Beratungsangebote in Anspruch nehmen, damit Rettungsaktionen für Betriebe, die über einen befähigten Unternehmer und ein tragfähiges Konzept verfügen, nicht zu spät gestartet werden.

Extremismus in Deutschland

Mit diesem Thema befaßt sich **am 1. September im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eine Fachtagung der CDU**, zu der Generalsekretär Peter Hintze eingeladen hat.

Die Veranstaltung soll eine intensive Auseinandersetzung mit Programmen und Praktiken der radikalen Parteien sein und einen Beitrag zur Aufklärung über politische Aktivitäten

und die Gefahr des Extremismus in Deutschland leisten.

Angesehene Fachleute und Wissenschaftler befassen sich mit den historischen Dimensionen des Kommunismus, mit Vorfeldorganisationen im linksextremistischen Bereich und den Bündnisstrategien rechtsextremer Parteien. Das Schlußwort hat Bürgerrechtler Dr. Ehrhart Neuberth, Fachbereichsleiter der Gauck-Behörde.

Fachkonferenz Ostsee:

Neue Perspektiven für Wachstum und Umweltschutz

Auf Initiative seines Vorsitzenden, Kurt-Dieter Grill, hat der Bundesausschuß Umweltpolitik der CDU am 1. Juli eine Fachkonferenz zu ökologischen und ökonomischen Perspektiven des Ostseeraumes abgehalten.

Im Rahmen dieser Fachkonferenz wurde mit führenden nationalen und internationalen Experten – darunter die Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU und Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Angela Merkel – eine Bilanz der aktuellen Situation dieser Region gezogen und wurden zugleich wichtige ökonomische und ökologische Entwicklungslinien diskutiert.

Die Fachkonferenz hatte zum Ziel, einer interessierten Öffentlichkeit die Bedeutung der Großregion Ostsee, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder zu einem verbindenden europäischen Binnenmeer geworden ist, näherzubringen und Vorschläge zu erarbeiten, um das politische, kulturelle und wirtschaftliche Wachstumspotential des Ostseeraumes, das ganz Europa in den kommenden Jahrzehnten bereichern wird, effizient und verantwortungsvoll zu nutzen.

Der Schwerpunkt der Fachkonferenz war die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung in der Großregion Ostsee. Dabei wurde deutlich, daß zur nachhaltigen Entwicklung sämtliche Politikbereiche, aber auch Wirtschaft und Verbände national wie international gemeinsam ihren Beitrag leisten müssen. In diesem Zusammenhang ist die sogenannte Baltic 21 zu nennen, bei der es sich um die weltweit erste von den

Staaten einer Region gemeinsam formulierte Agenda 21 handelt. Sie soll die bestehende Umweltzusammenarbeit ergänzen und insbesondere die Integration des Umweltschutzes in die Politikbereiche Energie, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, Tourismus, Verkehr und Raumordnung verbessern.

Um dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden – dies war die Bilanz der Diskussion –, müssen Staat und Gesellschaft in weitaus stärkerem Maße als bisher in einen Dialog über umweltpolitische Erfordernisse eintreten. Hier ist insbesondere auf die erfolgreiche Initiative von Bundesumweltministerin Angela Merkel „Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung“ zu verweisen, mit der die vorrangigen Handlungsfelder einer nachhaltigen Entwicklung benannt und die gesellschaftlichen Gruppen zur Diskussion eingeladen wurden.

Die Fachkonferenz machte deutlich, daß Deutschland unter der Regierungsverantwortung der CDU zum weltweiten Vorbild bei der Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung geworden ist. So ist Deutschland zu einer treibenden Kraft beim internationalen Klimaschutz geworden. Das anspruchsvolle Ziel einer Minderung der CO₂-Emissionen um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 – bezogen auf 1990 – ist bereits zur Hälfte erfüllt: Von 1990 bis 1997 konnte der CO₂-Ausstoß um 12,5 Prozent reduziert werden. Deutschland hat zudem eine weltweite Führungsposition bei der Umwelttechnologie inne.

Auch im Rahmen einer verstärkten bilateralen Umweltzusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern engagiert sich Deutschland vorbildlich, was zum Beispiel in der grenzüberschreitenden Partnerschaft mit Polen zum Ausdruck kommt. So konnte als erstes gemeinsames Umweltschutzprojekt im September 1997 die Kläranlage Swinemünde in Betrieb genommen werden. Zur Förderung ressourcenschonender Technologien hat sich das von der CDU-geführten Bundesregierung durchgesetzte Kreislaufwirtschaftsgesetz als wirksames Instrument erwiesen.

Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung hat auch der Bereich Verkehrsentwicklung; die umweltschonende Bewältigung des zunehmenden Verkehrsaufkommens auch im Ostseeraum wird in den kommenden Jahren eine zentrale Aufgabe der Umwelt- und Verkehrspolitik darstellen. Auch die Tourismuswirtschaft ist von großer Wichtigkeit, da im Ostseeraum die Fragen der nachhaltigen Tourismusentwicklung im Zuge der Öffnung Osteuropas zusätzliches Gewicht erlangt haben. Entscheidend ist hierbei, daß Naturschutz und Erholungsvorsorge richtig miteinander verknüpft werden. Nachhaltiger Tou-

rismus bietet die Chance, wertvolle Ökosysteme, wie die an den deutschen Küsten noch zu 80 Prozent erhaltenen Dünengebiete, zu bewahren.

Die Entwicklung des Kultur- und Wirtschaftsraumes Ostsee ist auch in Zukunft die gemeinsame Aufgabe der Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Verbänden. Die Motivation und Kompetenz der Entscheidungsträger vor Ort – in den Kommunen und in den Betrieben – ist ein entscheidendes Erfolgskriterium für effizienten Mitteleinsatz und Innovation und für den Aufbau einer auf Dauer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen Region mit einer außergewöhnlich hohen Lebensqualität.

Mit unserer Fachkonferenz Ostsee haben wir ein wichtiges Signal für das in Zukunft notwendige Engagement zu einer umweltgerechten Entwicklung der Ostseeregion gesetzt. Die CDU wird sich auch weiterhin in besonderer Weise sowohl in den Ländern als auch im Bund dafür einsetzen, daß im Ostseeraum wirtschaftliches Wachstum, soziale Verantwortung und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sinnvoll miteinander verbunden werden.

Herbert Reul: Werbung in Schulen erlauben

„Nordrhein-Westfalen soll dem Beispiel von Berlin folgen und Werbung in den Schulen erlauben.“ Das hat der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul, in Düsseldorf gefordert.

Berlin hat im letzten Jahr das Werbeverbot an den Schulen aufgehoben. Zu Beginn des neuen Schuljahres werden erstmals und bundesweit einmalig Unternehmen in den Berliner Schulen für ihre Produkte werben.

„Auch in Nordrhein-Westfalen sollte das allgemeine Werbeverbot aus der Schulordnung gestrichen werden“, erklärte Reul und forderte Schulministerin Behler auf, die dafür notwendigen gesetzlichen Schritte einzuleiten.

Reul: „Die materielle Ausstattung der Schulen ist angesichts der knappen öffentlichen Mittel in Nordrhein-Westfalen oft schlecht. Werbeeinnahmen können Abhilfe schaffen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Staat und Gesellschaft sind den Kirchen zu großem Dank verpflichtet

Der Kölner Dom war und ist das weit-hin sichtbare Erkennungszeichen für ein Gemeinwesen, das in seiner Mitte Raum schafft für die Begegnung mit Gott und ihm die Ehre erweist.

Immer wieder gab es auch Versuche, eine andere Sichtweise des Kölner Domes in den Vordergrund zu stellen: Man pries ihn als Bauwerk zum Ruhm der Stadt Köln und seiner Bürger, als Stein gewordenen Ausdruck des Wunsches nach Einigung aller deutschen Stämme im Jahr 1848 und schließlich im Deutschen Reich als nationales Monument.

Daß der Gottesdienst seine eigentliche Zweckbestimmung war und ist, demonstrierten die seit jeher selbstbewußten Kölner Bürger anlässlich der Vollendung des Domes im Jahr 1880, indem sie in Anwesenheit des preußischen Königs und deutschen Kaisers das im Festprogramm offiziell nicht vorgesehene Lied „Alles meinem Gott zu Ehren“ anstimmten.

Für die Christen gehören Glaube an Gott und Verantwortung in der Welt untrennbar zusammen. Auf die Frage nach dem größten der Gebote hat Jesus zwei besonders herausgestellt: Das erste und wichtigste Gebot lautet: Du sollst den Herrn deinen Gott lieben. Das zweite, ebenso wichtige Gebot lautet: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.

Wo Menschen Gott aus ihrer Mitte verbannen, steht auch die Liebe zwischen den Menschen auf dem Spiel.

Wer das Bild des Domes inmitten der Steinwüste der zerstörten Stadt am Ende des Zweiten Weltkrieges vor Augen hat,

für den wird diese Kathedrale immer auch Wahrzeichen menschlicher Hoffnung nach einem Zusammenleben in Gemeinschaft und Frieden sein.

Wer diesseitige Führer an Gottes Stelle setzt, wer Ideologien zur Religion erhebt, betreibt Götzendienst.

Wohin dies führt, hat unser Volk unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wie unter der kommunistischen Diktatur zweimal auf bittere Weise erfahren.

Aus dem Grußwort von Bundeskanzler Helmut Kohl beim Festakt aus Anlaß des Jubiläums „750 Jahre Gotischer Dom in Köln“ im Gürzenich am 15. August

Der Brand und die Sprengung von Gotteshäusern war in beiden Diktaturen auch Ausdruck für die Mißachtung des Menschen.

Der Dom ist mit seinen beiden hohen Türmen, die den Blick des Betrachters zum Himmel lenken, ein bleibender Appell an Christen wie Nichtchristen, sich immer wieder neu den Fragen des „Woher?“ und des „Wohin?“ zu stellen. Aus gutem Grund haben die Väter und Mütter unserer Verfassung das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen an den Beginn der Präambel unseres Grundgesetzes gestellt.

Man kann nicht oft genug betonen, daß es ohne die vor den Kirchen verkündete Botschaft von der unveräußerlichen Würde je-

des einzelnen Menschen den freiheitlichen Verfassungsstaat in seiner heutigen Gestalt nicht gäbe.

Gott die Ehre zu geben, heißt den Menschen und seine Würde zu achten. Als großartiges Bauwerk erinnert der Kölner Dom an dieses Fundament unseres gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens.

Der freiheitliche und demokratische Rechtsstaat ist auch Ergebnis der jahrhundertelangen christlich-abendländischen Geistesgeschichte. Die Soziale Marktwirtschaft ist auch das Produkt der christlichen Gesellschaftslehre – der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik.

Die Bewahrung eines Grundbestandes gemeinsamer Werte und Maßstäbe, die ihre Wurzeln in der christlichen Tradition haben, ist wesentlich für den Erhalt von Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit.

Nur wenn Staat und Kirchen sich gemeinsam für die Verwirklichung dieser Grund-

werte einsetzen, kann die Zukunft unserer freiheitlichen Ordnung dauerhaft gefestigt werden.

Das Jubiläum, das wir heute feiern, ist für mich auch Anlaß, an diese bewährte Partnerschaft zu erinnern. Staat und Gesellschaft sind den Kirchen zu großem Dank verpflichtet.

Für eine Zukunft mit menschlichem Gesicht

Nur wenn wir ihnen den gebührenden Platz in der Mitte unserer Gesellschaft einräumen und wenn sie auch weiterhin bereit sind, diesen Platz auszufüllen, werden wir eine Zukunft mit menschlichem Gesicht gestalten können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen, daß der Geist der Feierlichkeiten dieses Jubiläumsjahres in unseren Alltag und unsere Arbeit hinüberstrahlt.

So soll der Kölner Dom als Gotteshaus auch in späteren Jahrhunderten das Wahrzeichen für ein menschliches Gemeinwesen sein.

Ohne Hemmungen unterwirft die SPD Kultur ihren politischen Zwecken

Anton Pfeifer, Staatsminister beim Bundeskanzler, erklärte zu dem von Klaus Staeck und Johano Strasser für den 19. August in Berlin geplanten „Kulturfest“:

Ein nostalgischer Griff in die Kiste der Altachtundsechziger mit dem Ziel, noch einmal zu versuchen, die kulturelle Hegemonie zu erringen. Es ist ein einmaliger Vorgang, daß mit Jack Lang ein ausländischer Politiker für diese Veranstaltung – und nach eigenem Bekunden auch für den SPD-Kanzlerkandidaten – massiv Wahlkampf betreibt.

Das „Kulturfest“ soll ein sozialdemokratisch regiertes Deutschland in einem sozialistischen Europa propagieren. Damit zeigt sich einmal mehr, daß es dem SPD-Kanzlerkandidaten und seinem Kulturbeauftragten Naumann mit ihrer Kulturpolitik in erster Linie um die Macht geht, aber nicht um die Kultur. Ohne Hemmungen unterwerfen sie die Kultur politischen Zwecken. Die geringe Ausbeute an prominenten Zusagen ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß Künstler und Intellektuelle, die dies durchschauen, sich von der SPD nicht vereinnahmen lassen.

Sender/Zeit	ARD	ZDF
Regelmäßig	Mo. 21.00 – 21.40: FAKT (MDR), Report (SWF oder BR) Do. 21.00 – 21.45: Panorama (NDR), Monitor (WDR) Fr. ca 22.15 – 22.45: Bericht aus Bonn (mit Deutschlandtrend)	Fr. 22.15 – 22.30: Politbarometer So. 19.10 – 19.30: Bonn direkt Mo. 19.25 – 20.15: WISO Di. 21.00 – 21.45 Frontal
August		
Fr. 28.	Bericht aus Bonn mit BK-Interview	
So. 30.		
ab Ende August		
September		
Di. 1. bis Fr. 4. und So. 6. bis Fr. 11.		zw. 22.15 – 23.00 (20') Nachtduell: Schäuble – Lafontaine; Blüm – Riester; Waigel – Eichel; Wissmann – Clement; Merkel – Röstel; Hintze – Müntefering; Kanter – Schily; Westerwelle – Fischer; Gerhard – Scharping; Solms – Gysi (jew. angefragt); Mod.: Frey, Bellut im Wechsel
Mi. 2.	21.45 – 22.30: Portrait Schröder (NDR)	
Do. 3.	21.00 – 22.30: Schwerpunkt Reformen: Schäuble, Waigel, Gerhardt, Lafontaine, Fischer (BR/WDR)	
So. 6.		
Mo. 7.		
Mi. 9.	21.45 – 22.30: Portrait BK Kohl (SWR)	20.15 – 21.45: Live-Hearing: Runde der Parteivorsitzenden m. Publikum: Schäuble, Waigel, Gerhardt, Lafontaine, Fischer
Mo. 14. – Fr. 18.	23.00 – 23.15: Endspurt: Zwei Politiker diskutieren ohne Moderator (geplant: Schäuble – Scharping; Stoiber – Clement; Biedenkopf – Müntefering oder Riester; Thierse – Gysi; Westerwelle – Fischer oder Trittin)	
Mo. 14.	Runde der nicht im Bundestag vertretenen Parteien (SFB/BR; 90')	
Di. 15.		20.15 – 21.45: Live-Hearing: Arbeitsplätze, mit Publikum
Mi. 16.	Runde der im Bundestag vertretenen Parteien (HR/MDR; 90')	
Do. 17		20.15 – 21.45: Live-Hearing: Sozialsysteme, mit Publikum
Fr. 18.		19.25 – 20.15: Live von Wahlkampf- kundgebungen (CDU: Dresden, Frauenkirche)
So. 20.		
Mo. 21.	20.15 – 21.00: Farbe bekennen: Schröder	
Di. 22.		21.00 – 21.45: Was nun, Herr Schröder?
Mi. 23.		21.00 – 21.45: Was nun, Herr Kohl?
Do. 24.	20.15 – 21.00: Farbe bekennen: BK Kohl	
Fr. 25.	20.15 – 21.15: Live von Wahlkampf- kundgebungen (CDU: Mainz, Domplatz)	21.15 – 21.45: Endspurt (Kandidatenreportage; v. E. Pitz
Sa. 26		17.05 – 17.50: Deutschland vor der Wahl (Info zum Wahlrecht)
So. 27	ab 18.00: Wahlsendungen 20.20: Bonner Runde	ab 18.00: Deutschland hat gewählt 20.20: Bonner Runde

RTL**SAT. 1****Pro 7**

So. Spiegel TV Magazin

So. nach 22.00: Talk im Turm,
Spiegel TV Reportage

So. Focus TV

Anfang August: 6 x Nachtjournal spezial
mit H. Bremer zu Arbeit,
Soziales, Innere Sicherheit usw.18.30 mit Lafontaine –
ca. 0.20: Interview-Langfassung

im Nachtjournal, 0.00: Gesprächsserie

Große Reportage über BK Kohl
Große Reportage über Schröder**Politische Fernsehsendungen zur Bundestagswahl**

Stand: Juli 1998

18.30 mit Schröder
ca. 0.20: Interview-Langfassung

Die Jahrtausendwahl: Stoiber

Die Wahlkämpfer: BK Kohl u. Schröder (45')

18.30 mit BK Kohl
ca. 0.20: Interview-Langfassung

Die Jahrtausendwahl: Schröder

ca. 22.00: Talk im Turm: Generalsekretäre

Die Jahrtausendwahl: BK Kohl

Runde der Generalsekretäre auf dem
Petersberg

Sendung mit Schröder

Sendung mit BK Kohl

17.45 – 20.00: Wahlsondersendung
22.50 – 0.00: Wahlsondersendung17.00 – 20.15: Deutschland wählt (mit
Fußballbundesliga und blitz); anschl.
Hochrechnungen
22.15: Deutschland wählt, Teil 2; anschl.
Talk im Turm (u. a. Geißler); anschl.
Deutschland wählt, Teil 317.45 – 18.30: Sondersendung
19.30 – 21.15: Sondersendung

EURO

Die Einführung des Euro ist das Schlüsselprojekt der europäischen Einigung und Europas Antwort auf die Globalisierung des Wirtschaftslebens an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Schröder bezweifelte immer wieder die Einhaltung der Kriterien und des Zeitplans und spielte mit den Ängsten der Bevölkerung. **Er lag voll daneben!**

Schröder auf dem falschen Dampfer

- „Natürlich wird der Euro schwächer als die D-Mark“ (Schröder, Focus, 30.12.96).
 - Am 13. Februar 1997 betonte Schröder im Stern, „daß von einer Erfüllung der Kriterien zur Einführung des Euro keine Rede sein kann“.
 - „Kränkelnde Frühgeburt“ nannte Schröder den Euro noch in der Bildzeitung am 26. März 1998.
- Am 25. März 1998 war klar: Deutschland hält mit 2,7 Prozent Neuverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt die 3,0-Grenze als eines der wichtigsten Kriterien ein. Schröder wurde von der Wirklichkeit überholt. Er irrte bei der Stabilität des Euro und beim Zeitplan. Der Euro startet als stabile Währung pünktlich am 1. Januar 1999.

Schröder begriffsstutzig

„Es ist doch kein Fehler, wenn die Währungsunion ein paar Jahre später kommt.“
(Schröder, Focus, 6.11.95)

„Ich rate, daß sich die betroffenen Länder auf eine Verschiebung einstellen.“ (Schröder, Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20. 3. 97)

Schröder begeift die Bedeutung der fristgemäßen Einführung des Euro für die Sicherheit der Arbeitsplätze in Deutschland und die Preisstabilität offensichtlich nicht. Damit stellt er sich gegen alle Regierungen Europas, die voll auf den Stabilitätskurs eingeschwenkt sind. Elf Länder haben es geschafft und machen mit. Der Euro hat schon vor seiner offiziellen Einführung eine neue Stabilitätskultur in Europa begründet. Überall sind die Preissteigerungsraten zurückgegangen, in Deutschland bis auf 0,9 Prozent: „Rekord“-Wert seit der Wiedervereinigung und quasi Preisstabilität.

Am 1. Januar 1999 übernimmt der deutsche Bundeskanzler in der Europäischen Union die Präsidentschaft. Es stehen weitere wichtige Entscheidungen an wie die Reformen bei der Agrar- und Regionalpolitik, den EU-Institutionen und bei den EU-Finzen. Da kann sich Deutschland keinen „Europa-Amateur“ leisten. In diesen wegweisen den Zeiten brauchen wir den in europäischen und internationalen Fragen erfahrenen Bundeskanzler Helmut Kohl.

Für einen stabilen Euro, ein starkes Deutschland in Europa und Verlässlichkeit gegenüber unseren europäischen Partner und Nachbarn

CDU

Argumente

für eine moderne und gerechte Steuerreformpolitik

Die Welt verändert sich in einem nie dagewesenen Tempo. Die Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze verschieben sich. Viele unserer Konkurrenten im weltweiten Wettbewerb haben die Chancen dieses Wandels genutzt. In den USA und in Großbritannien sind in den vergangenen Jahren Millionen von Arbeitsplätzen neu geschaffen worden. Attraktivität von Standortbedingungen ist heute mehr denn je entscheidend, ob und wo investiert wird, ob und wo neue Arbeitsplätze entstehen. Wir können uns deshalb in Deutschland kein investitions- und leistungsfeindliches Steuerrecht leisten.

Modernes Steuerrecht für weniger Steuern und mehr Arbeitsplätze

- Steuersätze senken,
 - Ausnahmen beseitigen,
 - das Steuerrecht vereinfachen,
 - Bürger und Unternehmen entlasten:
- das sind die zentralen Ziele unserer zukunftsorientierten Steuerpolitik. Die Erfolge anderer Länder auf diesem Weg bestätigen die Richtigkeit dieser Politik. Auch bei uns haben in den achtziger Jahren Steuersenkungen zu über drei Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt. Mit der großen Steuerreform wollen wir an diese Erfolge anknüpfen.

Niedrigere Steuersätze für Leistungsbereitschaft und Investitionen

Das Steuerrecht investitions- und leistungsfreundlicher machen heißt: **die Steuern netto um 30 Milliarden DM senken.** Das stärkt Wirtschaft und Kaufkraft.

Dreh- und Angelpunkt ist die durchgehende Senkung der Steuersätze für alle Steuerzahler. Die heutigen Steuern sind zu hoch und leistungsfeindlich. Sie verhindern Investitionen und gefährden Arbeitsplätze.

Beim Eingangsteuersatz wollen wir 15 Prozent statt heute 25,9 Prozent und beim Höchststeuersatz 39 statt heute 53 Prozent.

Zugleich wollen wir die Steuersätze auf Investitionen und Arbeitsplätze senken. Neun von zehn Unternehmen sind Personengesellschaften in Handwerk und Mittelstand.

Den Höchststeuersatz auf gewerbliche Einkünfte wollen wir daher von heute 47 Prozent auf 35 Prozent senken.

Er soll damit genauso hoch sein wie der Körperschaftsteuersatz auf **einbehaltene Gewinne**, der von heute 45 Prozent auf 35 Prozent gesenkt werden soll.

Der Steuersatz auf **ausgeschüttete Gewinne** soll von heute 30 Prozent auf 25 Prozent gesenkt werden. Gerade Investitionen von ausländischen Unternehmen in Deutschland werden dadurch attraktiver.

Steuerrecht: niedriger + einfacher = gerechter

Niedrige Steuersätze sind ohne den weitgehenden Abbau steuerlicher Vergünstigungen und Ausnahmen nicht zu haben. Bei niedrigen Steuersätzen und weniger Ausnahmen wird **für alle** die Differenz zwischen brutto und netto geringer. Steuergestaltung, Steuervermeidung und Schattenwirtschaft werden unattraktiv. Diejenigen dagegen, die nicht mit Steuersparmodellen jonglieren können, haben die größten Vorteile.

Alle müssen bereit sein, auf die eine oder andere Vergünstigung und Ausnahme zu verzichten, wenn es gelingen soll, das Steuerrecht zu vereinfachen und mehr steuerliche Gerechtigkeit zu schaffen.

Wir wollen alle Einkünfte – ob aus Unternehmertätigkeit, Vermietung und Verpachtung, Arbeit, Rente oder Kapitalvermögen – steuerlich gleichbehandeln, **damit der Ehrliche nicht der Dumme ist.**

Große Steuerreform: arbeitnehmerfreundlich und sozial gerecht

Eine unausgewogene Steuerumverteilung ginge zu Lasten von Arbeitsplätzen, d. h. von Arbeitnehmern **und** Arbeitssuchenden. Unausgewogen wären: zu hohe Steuersätze generell, aber auch der einseitige Abbau von Steuervergünstigungen im Unternehmensbereich.

Einen vollständigen Abbau aller Steuervergünstigungen wird es mit der CDU nicht geben.

Der unumgängliche Abbau steuerlicher Vergünstigungen und Ausnahmen erfolgt – entgegen landläufiger Meinung – sozialgerecht:

- Rund 60 Prozent der Unternehmen sind von der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage betroffen.
- Pendler z. B. werden dagegen durch die neue Entfernungspauschale entlastet.
- Die meisten Rentner werden auch künftig keine Einkommensteuer zahlen.
- Und auch daran wird sich selbstverständlich nichts ändern: Das Existenzminimum wird weiter steuerfrei bleiben.

Die Behauptung, die Reform entlaste nur Reiche und belaste die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen, ist schlicht und einfach falsch.

Modernisierung unseres Steuersystems

Deutsche Unternehmen haben 1997 47 Milliarden DM im Ausland investiert, mehr als zehnmals soviel wie ausländische Unternehmen in Deutschland.

Die Ursachen dafür: unsere zu hohen Steuersätze und unser kompliziertes Steuerrecht.

Die große Steuerreform soll die Hindernisse für Innovation und Investitionen, für die Entwicklung neuer Technologien und Produkte, für Selbständigkeit und Leistung wegräumen.

Gegen den jahrelangen Widerstand der SPD haben wir bereits die Vermögen- und die Gewerbesteuer beseitigt.

**Bundeskanzler Helmut Kohl:
Die große Steuerreform
ist das Schlüsselprojekt für die Zukunft.**

**Aktion der Senioren-Union
zur Bundestagswahl**

Der Bundestagswahlkampf rückt immer näher. Es gilt, in den kommenden Wochen alle Kräfte zu mobilisieren. Die Senioren-Union kann die Wahl entscheidend beeinflussen, indem sie die Wahlkreiskandidaten vor Ort kräftig unterstützt.

Eine Anregung dazu:

Schalten Sie Anzeigen in Ihren Lokal- bzw. Stadtteilzeitungen. Sie können hierfür repreneureife Vorlagen nutzen. In Zusammenarbeit mit der Zeitung vor Ort können Sie den Text der Anzeige verändern, vor allem den Namen Ihres Bundestagsabgeord-

neten bzw. Wahlkreiskandidaten einsetzen lassen.

Aus den beiden Formaten, die wir hier vorstellen, können Sie das passende wählen.

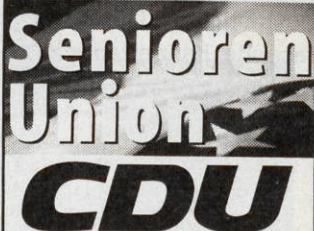
Noch ein Tip: Setzen Sie nicht zu viel Text in die Anzeige. Zu viel Text in einem kleinen Format schwächt die Wirkung der Anzeige.

Über Kopien bzw. Ansichtsexemplare Ihrer Anzeigen würden wir uns freuen.

Am Ende des Bundestagswahlkampfes soll über Ihre Aktion mit Veröffentlichungen in unserer Mitgliederzeitung „Mach' mit“ Bilanz gezogen werden.

**Vorfahrt
für Vernunft
gegen rot-grüne
Experimente**

*Wir
unterstützen
unseren
Kandidaten
Andreas
Mustermann*



**Vorfahrt für
Vernunft -
gegen
rot-grüne
Experimente**

*Wir unterstützen
unseren Kandidaten
Andreas Mustermann*



Bundestagswahlkampf 1998

Sonderbestellliste

Aufheber (ø 100 mm) „bleib cool, keep kohl“	100 Stk./23,00 DM/..... DM
Biedeckel (ø 107 mm) „bleib cool, keep kohl“/ „Keine Chance dem Blender“	100 Stk./12,50 DM/..... DM
Button (ø 100 mm) „bleib cool, keep kohl“	1 Stk./2,50 DM/..... DM
Freundschaftsbändchen „bleib cool, keep kohl“	10 Stk./3,00DM/..... DM
Infoblatt (Leporello) „bleib cool, keep kohl“	5 Stk./3,50 DM/..... DM
T-Shirt (mit V-Ausschnitt) „bleib cool, keep kohl“	1 Stk./9,00 DM/..... DM
<input type="checkbox"/> M	1 Stk./9,00 DM/..... DM
<input type="checkbox"/> L	1 Stk./9,00 DM/..... DM
<input type="checkbox"/> XL	1 Stk./9,00 DM/..... DM
Plakate DIN A 1		
Kanzlerkandidat vor rotem Hintergrund . . .	1 Stk./1,20 DM/..... DM
Kanzlerkandidat (Am 27. September) „Keine Chance dem Blender“	1 Stk./1,00 DM/..... DM
Postkarte „Kanzlerkandidat“	10 Stk./5,00 DM/..... DM
Postkarte „Keine Chance dem Blender“	10 Stk./3,50 DM/..... DM
	Summe/..... DM
	Versandkosten/..... DM
	Rechnungsnummer/..... DM



Besteller: _____

Versandanschrift: (falls nicht identisch) _____

Telefon für eventuelle

Rückfragen: _____

() Bezahlung per Einzugsermächtigung
 () da es sich um eine Bestellung über 200,-
 DM handelt, habe/n ich/wir einen Verrech-
 nungsscheck in Höhe von 190,- DM beigelegt.

Kontoinhaber: _____

Bankverbindung _____

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Junge Union Deutschlands
 Bundesgeschäftsstelle
 Annaberger Straße 283
 53175 Bonn

JUNGE UNION
 DEUTSCHLANDS

☎ 02 28/31 00 11
 Fax 02 28/38 45 20

der blender

und seine Niedersachsen Bilanz
Arbeitslosigkeit?

Niedersachsen hat die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer. Das belegt die zeitliche Inkompetenz des Blenders: Die Anstellensquote des Blenders liegt bei 18,4 Prozent (Baden-Württemberg: 8,9 Prozent). Mit nur 92 Mark Fördermittel pro Arbeitslosen im Jahr will der Blender seiner Misere Herr werden. Der Durchschnitt aller Bundesländer: 450 Mark.

Schuldenabbau?

Acht Jahre Blender- und Niedersachsen hat 30 Milliarden Mark mehr Schulden. Das zahlen wir noch, wenn der Blender längst ausgebildet hat. Auch die Gemeinden haben die Zeche des Blenders. Für mehr Aufgeben gibt es immer mehr Geld.

Bildungspolitik?

Der Blender will die Bildungssituation nicht verbessern. Obwohl die Zahl der Schüler um 30.000 sinken, streicht er 3.000 Lehrverträge und Unterrichtsstunden im Wert von 3.700 Lehrerstellen werden geschägt. Der Betrieb der Uni muß mit 3.300 Stellen weniger laufen. Renommiertere Forschungsrichtungen stehen vor dem Aus. Der Blender spart auf Kosten der Jungen.

Innere Sicherheit?

Die Polizei muß in Niedersachsen im Vergleich zu Bayern 30 Prozent mehr Verbrechen aufklären. Die Aufklärungsquote aber liegt um 30 Prozent niedriger. Verbrechen aufklären, die Aufklärungsquote aber liegt um 30 Prozent niedriger. Die Polizei muß in Niedersachsen im Vergleich zu Bayern 30 Prozent mehr Verbrechen aufklären. Die Aufklärungsquote aber liegt um 30 Prozent niedriger.

Am 27. September

Keine Chance dem Blender

bleib cool
keep kohl
JUNGE UNION
ENTSCHEIDUNGS

unsere verantwortung

für die Politik von morgen

Das Profil der Jungen Union: Über 146.000 Mitglieder, zainen politische Verantwortung, Engagement für unsere Demokratie und Begleitung für eine Junge, zukunftsgegenwärtige Politik, Rund 75 Abgeordnete im Bundestag, in den Ländern und im Europaparlament sind UJler und gestalten Politik für morgen. Viele unserer Mitglieder wirken in Stadt- und Gemeinderäten mit. Mit uns wird Politik jünger. Wir stehen für die Junge Generation. Wir vertreten Minderjährige als Chance. Die Voraussetzung der Globalisierung nehmen wir an. Wir stehen für eine verantwortbare Veränderung von Politik und Gesellschaft. Der Auftrag der J.U. Politisch Stellung beziehen, wenn die Interessen der Jungen betroffen sind. So haben wir mit unserer Aktion "Ausbildung schafft Zukunft" jungen Leuten Jobs vermittelt. Wir führen den Dialog mit Vereinen und Verbänden, mit Kirchen und Gewerkschaften, mit den Schülervertretungen und Studierendenparlamenten. Wir wollen die CDU/CSU antreiben, weil wir für die Grundrechte und besonders für die Freiheit eintreten, weil wir uns für alle, besonders für die Schwächeren, einsetzen und weil wir Altes durch Neues dort ersetzen wollen, wo wir das Neue als besser erkannt haben.

Ulrich Buegel
Andreas Fisch
J.U. Bundesgeschäftsstelle
Annaburger Straße 283
53775 Bonn
Telefon: 0228-31 00 11
Fax: 0228-38 45 20
Email: ju@junge-union.de

* Ein kostenloses Probeabo unseres Mitglieder-Magazins DIE ENTSCHEIDUNG gibt es auf Bestellung in unserer Geschäftsstelle oder schaut bei www.entscheidung.de vorbei. Ihr wollt sofort mehr über uns wissen? Unsere Internet-Adresse unter www.junge-union.de

bleibcoolkeepkohl



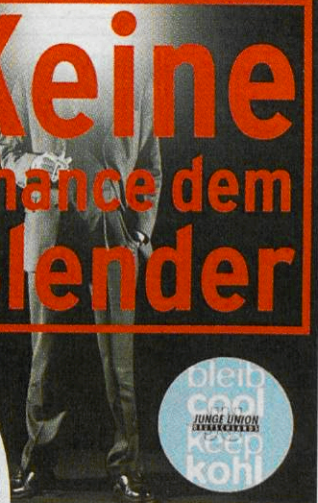
Kanzlerkandidat vor rotem Hintergrund
spätes 20. Jahrhundert

Am 27. September

Keine Chance dem Blender

Am 27. September

Keine Chance dem Blender



bleib cool
keep kohl
JUNGE UNION
ENTSCHEIDUNGS

Bierdeckel

Spielplan 98/99

Hinrunde

1. & 2. Fußball-Bundesliga



CDU
immer am Ball

● Bundesliga-Spielplan

für die 1. und 2. Bundesliga
Der Plan enthält alle Spiele der 1. und 2. Bundesliga mit übersichtlichen Tabellen zum Eintragen der Ergebnisse.

Bestell-Nr.: 2487

Verpackungseinheit: 250 Expl.

Preis je 250 Expl.: 47,00 DM

Aktionstip

Verteilaktion am Rande der ersten Runde des DFB-Vereinspokals, der wieder zahlreiche Profimannschaften zu Amateurvereinen bringen wird, und dadurch ein sehr großes Zuschauerinteresse garantieren wird.

● Aktion „keep Kohl“

Nach dem dem überaus erfolgreichen Start der Aktion zum Ferienbeginn gibt es jetzt zwei neue Kleinwerbmittel mit unserem sympathischen Dickhäuter:

● Ansteckbutton „keep Kohl“

Die Größe des Metallbuttons beträgt 55 mm. Die Befestigung erfolgt durch die rückseitig angebrachte Sicherheitsnadel.

Bestell-Nr.: 9499

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 28,00 DM

● Aufkleber „keep Kohl“

Bestell-Nr.: 9470

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 13,00 DM

keep Kohl!



Werbung für CDU/Bundestagswahlstelle, HA Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Allee 23-75, 53113 Bonn, 1000899 Bestell-Nr. 9470

Öko-Hinweis:

Alle Aufkleber der CDU werden auf umweltfreundlichen PVC-freien Polyolefinfolien hergestellt.

Mobilisierung in der Schlußphase

Die richtige Wahl!



Rubbeln Sie ganz einfach fünf Felder frei!

Sind drei (weiße) Symbolfelder dabei, nehmen Sie an der Verlosung teil – treffen Sie auf das Jumbo-Feld haben Sie zusätzlich sofort gewonnen. Wie und was erfahren Sie auf der Rückseite. „Rote Mehrheiten“ allerdings verlieren immer.

Wähl' den Jumbo.



● Rubbelkarten-Spiel mit Gewinnmöglichkeit

Dieses Spiel wurde speziell für die heiße Phase des Wahlkampfes entwickelt, um die Kontaktaufnahme zu den Bürgern am Canvassingstand zu erleichtern. Auf neun freizurubbelnden Feldern werden vier Aussagen für die Politik der CDU sowie vier Argumente gegen Rot-Grün abgedruckt. Das neunte Feld enthält eine Joker-Funktion. Das Spiel ist so angelegt, daß die Bürger bei drei freigerubbelten CDU-Symbolen an der zentralen Verlosung eines Hauptpreises teilnehmen können. Es verliert nur derjenige, der mehrheitlich Rot-Grün betreffende Symbole freirubbelt. Ausnahme: Wenn der Joker freigerubbelt wird, darf automatisch an der

Verlosung des Hauptpreises teilgenommen werden. Zusätzliche Modalitäten wie z.B. Kleinpreise bei ein oder zwei richtigen Symbolen kann jeder vor Ort selbst bestimmen. Wir empfehlen hierfür kleine give-aways aus dem Sortiment unseres Versandzentrums.

Die Rubbelkarten sind in Einheiten zu 240 Expl. mit jeweils verschiedenen Feldern verpackt, das heißt die Gewinnfelder sind auf jeder Karte wieder neu verteilt.

Bestell-Nr.: 9497

Verpackungseinheit: 1 Set à 240 Expl.

Preis je 1 Set: 25,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 14 65
59306 Ennigerloh • Fax (0 25 24) 91 13 10
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● **Wahlplattform
von CDU und CSU**

Die gemeinsame Wahlplattform
von CDU und CSU beschreibt die
Politik der Union für die Legislatur-
periode 1998 bis 2002.

Bestell-Nr.: **5488**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 50,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 14 65

59306 Ennigerloh

Fax (0 25 24) 91 13 10

E-Mail: georg.simon @bertels-
mann.de

*Bei Bestellungen bis zu einem
Warenwert von 50 DM wird eine
Versandkostenpauschale in Höhe
von 5 DM erhoben.

UiD

27/1998

1998 - 2002

**Wahl-
plattform**



CDU



CSU

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-
halt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, **Telefon:**
(0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.